

Stadt Halle (Saale)
30.01.1998
Kommunalbüro

N i e d e r s c h r i f t

der 38. Tagung des Stadtrates der Stadt Halle (Saale)
am 28.01.1998 - ö f f e n t l i c h

Ort: Stadthaus, Festsaal
Zeit: 14.20 Uhr bis 17.50 Uhr
Anwesenheit: siehe Anhang zur Niederschrift

Die 38. Öffentliche Tagung des Stadtrates der Stadt Halle wurde eröffnet und geleitet von Herrn **Uwe Heft**, 1. Stellvertreter des Vorsitzenden des Stadtrates.

Er stellte die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlußfähigkeit fest.

Zu Beginn der Tagung seien 37 Mitglieder des Stadtrates (66 %) anwesend.

Zur Tagesordnung:

Zu TOP 04,05, 07 seien die Ergänzungsblätter zu beachten.

TOP 10 - Beschlußvorlage - **Änderungsvertrag zum bestehenden Betreuungsvertrag zwischen**

der Stadt Halle (Saale) und der DSK Deutsche

Stadtentwicklungsgesellschaft mbH - werde im nichtöffentlichen Teil behandelt.

Zu TOP 11 - Beschlußvorlage - **Aufstellungsbeschluß B-Plan Nr. 15.1** - gebe es einen

Änderungsantrag der Fraktion Neues Forum.

Bei TOP 12 - Beschlußvorlage - **Umgestaltung Leipziger Straße** - sei ein neues Deckblatt zu berücksichtigen.

TOP 01 entfalle und werde in der Februar-Tagung nachgeholt.

Unter TOP 15 - Wiedervorlage - sei der Antrag der SPD-Fraktion zur Städtischen Sanierungsgesellschaft für Altstadtanierung zurückgezogen worden.

Herr **Lorenz**, SPD, fragte, warum die Beschlußvorlage unter Tagesordnungspunkt 10 in den nichtöffentlichen Teil verlegt worden sei.

Diese Vorlage sei im Ausschuß für Wirtschaftsförderung, Beschäftigung und Liegenschaften öffentlich behandelt worden.

Herr **Dr. Busmann**, Beigeordneter für Planen und Umwelt, meinte, vom Rechtsressort sei

es für richtig gehalten worden, dies in nichtöffentlicher Beratung zu behandeln, da nicht auszuschließen sei, daß Themen wie Liegenschaften, Honorare usw. erörtert werden.

Herr **Lorenz**, SPD, **beantragte**, diese Vorlage im öffentlichen Teil zu beraten, da es auch um den alten Vertrag und um politische Verantwortlichkeiten gehe.

**Abstimmung zu Verbleib TOP 10
auf Tagesordnung des öffentlichen Teils:
mehrheitlich z u g e s t i m m t**

Damit sei diese Vorlage in öffentlicher Sitzung zu beraten, Herr **Heft** wies jedoch darauf hin, daß Interessen Dritter oder eine Diskussion zu Liegenschaften nur im nichtöffentlichen Teil erörtert werden können.

Weitere Anmerkungen zur Tagesordnung gab es nicht.

**Abstimmung zur Tagesordnung:
mehrheitlich z u g e s t i m m t**

Damit wurde folgende **T a g e s o r d n u n g** bestätigt:

TOP 01 **Beschlußvorlage - Vergabe von drei Straßennamen**
Vorlage-Nr.: 98/I-38/893

TOP 02 **Beschlußvorlage - Nachtrag zur Satzung der Bedarfs- und
Entwicklungsplanung
für Kindertageseinrichtungen für den Zeitraum vom
01. 08. 1997 bis zum
31. 07. 1998**
Vorlage-Nr.: 98/I-38/894

TOP 03 **Beschlußvorlage - Satzung zur Bedarfs- und
Entwicklungsplanung für Kindertages-
einrichtungen in der Stadt Halle für den Zeitraum
vom 01. 08. 1998 bis zum
31. 07. 1999**
Vorlage-Nr.: 98/I-38/895

TOP 04 **Beschlußvorlage - Namensänderung von
Kindertageseinrichtungen gemäß
§ 44 Abs. 3 Gemeindeordnung Land Sachsen-Anhalt**
Vorlage-Nr.: 98/I-38/896

TOP 05 **Beschlußvorlage - Gesellschafterbeschluß für die
Hallesche Wohnungsgesell-
schaft mbH**
Vorlage-Nr.: 98/I-38/897

TOP 06 **Beschlußvorlage - Gesellschafterbeschluß für die
Flughafen Leipzig/Halle GmbH**
Vorlage-Nr.: 98/I-38/898

- TOP 07 Beschlußvorlage - Gesellschafterbeschuß für das
Städtische Krankenhaus
 Martha-Maria Halle-Dölau gGmbH
 Vorlage-Nr.: 98/I-38/899**
- TOP 08 Beschlußvorlage - Änderung des Gesellschaftervertrages
der Stadtwirtschaft
 Halle GmbH und Erlaß einer Beiratsordnung für den
Beirat der Stadtwirtschaft
 Halle GmbH
 Vorlage-Nr.: 98/I-38/900**
- TOP 09 Beschlußvorlage - Änderungsvertrag zum bestehenden
Betreuungsvertrag
 zwischen der Stadt Halle (Saale) und der DSK
Deutsche Stadtentwicklungs-
 gesellschaft mbH
 Vorlage-Nr.: 98/I-38/892**
- TOP 10 Beschlußvorlage - Aufstellungsbeschuß über den B-Plan
Nr. 15.1
 Wohnbebauung Halle - Dautzsch, Reideburger
Landstraße
 Vorlage-Nr.: 98/I-38/860**
- TOP 11 Beschlußvorlage - Umgestaltung Leipziger Straße
 Vorlage-Nr.: 98/I-38/881**
- TOP 12 Beschlußvorlage - Neue Messe Halle und Ausrichtung des
Messewesens in der
 Stadt Halle
 Vorlage-Nr.: 98/I-38/885**
- TOP 13 Wiedervorlage von Anträgen**
- Antrag des Stadtrates Uwe Heft, PDS, zur
Überarbeitung der Vergabeordnung
 Vorlage-Nr- 97/I-34/A-357**
- Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN -
Anschluß der Stadt Halle (Saale)
 an der Europäischen Kampagne zukunftsfähiger
Städte und Gemeinden
 Vorlage Nr. 97/I-33/A-338**
- Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN -
Bekennung des Stadtrates zu
 seiner Verantwortung, einen Beitrag zur Umsetzung
der Agenda 21 zu leisten
 Vorlage-Nr. 97/I-33/A-350**
- Antrag der F.D.P. Fraktion - Teilprivatisierung
der Stadtwerke
 Vorlage-Nr. 97/I-35/A-366**
- TOP 14 Anträge von Fraktionen und Stadträten**
- Antrag des Bildungs-und Kulturausschusses zum
Passendorfer Schloßchen
 Vorlage-Nr.: 97/I-37/A-404**

Gemeinsamer Antrag der Stadtratsfraktionen von CDU, F.D.P. und SPD
betreffend die Veröffentlichung der Festansprache aus Anlaß des 50. Todestages
des ehemaligen halleschen Oberbürgermeisters Dr. Richard Robert Rive
 Vorlage-Nr. 97/I-37/A-391

Antrag des Stadtrates Dr. Jürgen Ackermann, CDU-Fraktion zu Auflistung und
Verantwortlichkeiten für Schäden aus mangelhafter Bauausführung an nach
1989 rekonstruierten Schulen
 Vorlage-Nr. 97/I-37/A-392

Antrag der CDU-Fraktion - Umsetzung der Brandschutzkonzeption für das
Stadtarchiv
 Vorlage-Nr. 97/I-37/A-393

Antrag des Stadtrates Bernhard Bönisch, CDU-Fraktion
„Richtlinie über die Vergabe von Sportstätten der Stadt Halle (Saale)“ -
 Vorlage-Nr. 97/I-37/A-395

Antrag der Fraktion Neues Forum - Kinderbibliothek Lessingstraße
 Vorlage-Nr. 97/I-37/A-396

Antrag der F.D.P.-Fraktion - Neuer Standort für die „Schule für Ausgleichsklassen“
Erich-Weinert-Straße
 Vorlage-Nr. 97/I-37/A-397

Antrag der F.D.P.-Fraktion - Sperrzeitverordnung
 LSA
 Vorlage-Nr. 97/I-37/A-398

Antrag der SPD-Fraktion - Ausbau des Gimritzer Dammes
 Vorlage-Nr. 97/I-37/A-400

Antrag der SPD-Fraktion - Vorlage haushaltsrechtlicher Genehmigungen der
Kommunalaufsichtsbehörde
 Vorlage-Nr. 97/I-37/A-401

Antrag der SPD-Fraktion - Kunstausstellungsplanung der Stadt Halle
 Vorlage-Nr. 97/I-37/A-402

Antrag der SPD-Fraktion - Übersiedlung der Fraktionen in das Stadthaus
 Vorlage-Nr. 97/I-37/A-403

Antrag der CDU-Fraktion - die Repräsentation der Stadt zum Sachsen-Anhalt-Tag
durch die Salzwirker-Brüderschaft (Halloren) und andere Stadtvertreter
 Vorlage-Nr.: 98/I-38/A-405

Antrag der CDU-Fraktion - betreffend Verhandlungen über den Abschluß eines

Erbpachtvertrages für die Eissporthalle
Vorlage-Nr.: 98/I-38/A-406

„Silberhöhe“
Antrag der SPD-Fraktion - Bürgersaal im Wohngebiet
Vorlage-Nr.: 98/I-38/A-407

Parkflächen am Zoo Halle
Antrag der Stadträtin Dorn, SPD - zusätzliche
Vorlage-Nr.: 98/I-38/A-408

Methode zur Berechnung der
KITA-Gebühren
Antrag des Stadtrates Prof. Dr. Schuh, SPD -
Vorlage-Nr.: 98/I-38/A-409

TOP 15 **Anfragen von Stadträten**

TOP 16 **Mitteilungen**

Herr **Kley**, F.D.P., fragte in einem **Geschäftsordnungsantrag**, ob der Tagungsleiter gewillt sei, die heutige Tagung so zu leiten, daß er demokratisch allen Stadträten die Möglichkeit gebe, teilzunehmen oder gedenke er, heute wieder - ähnlich, wie bei seiner letzten Leitungstätigkeit - diese Sitzung durch Ausfälligkeiten zu stören.

Herr **Heft**, 1. Stellvertreter des Vorsitzenden des Stadtrates, erklärte, die Entscheidung über die Leitung falle durch seine Person. Es sei Herrn Kley natürlich freigestellt, zu bleiben und daran teilzunehmen oder konstruktiv seine Anwesenheit zu verweigern.

Zu TOP 01 - Beschlußvorlage - Vergabe von drei Straßennamen

Vorlage Nr. 98/I-38/893

Herr **Dr. Müller-Gerberding**, SPD, ging auf einen Straßennamen ein: Hermesstraße.
Aus Anlage 2 der Vorlage sei ersichtlich, daß es sich tatsächlich um zwei Straßen handle, die den gemeinsamen Namen Hermesstraße bekommen sollen. Es könnte Probleme bei der Nummerierung geben.

Herr **Heinrich**, Beigeordneter für Bauen, antwortete, bei den Anliegern finde die Straßenbenennung einvernehmlich Zustimmung.

Es gab keine weiteren Anmerkungen zur Vorlage.

Abstimmung zur Vorlage: mehrheitlich z u g e s t i m m t

Beschluß Nr. 98/I-38/893 - Vergabe von drei Straßennamen

**Die Vergabe von drei Straßennamen wird befürwortet
und den Namensvor-
schlägen wird zugestimmt.**

**Zu TOP 02 - Beschlußvorlage - Nachtrag zur Satzung der
Bedarfs- und**

**Entwicklungsplanung für
Kindertageseinrichtungen für den
Zeitraum vom 01.08.1997 bis zum
31.07.1998**

Vorlage Nr. 98/I-38/894

Frau Bürgermeisterin **Szabados** erläuterte, nach der neuen Hortüberleitungsverordnung sei es möglich, daß Horte nach Kinderbetreuungsgesetz geführt werden können. Alles, was nach diesem Gesetz vom Land zu bezahlen sei, werde nur dann bezahlt, wenn diese Einrichtungen in der Bedarfs- und Entwicklungsplanung ausgewiesen seien.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

Abstimmung zur Vorlage: mehrheitlich z u g e s t i m m t

**Beschluß Nr. 98/I-38/894 - Nachtrag zur Satzung der Bedarfs- und
Entwicklungsplanung für Kindertageseinrichtungen
für den Zeitraum vom 01.08.1997 bis zum 31.07.1998**

**Der Stadtrat stimmt dem Nachtrag zur Satzung der
Bedarfs- und Entwicklungsplanung für
Kindertageseinrichtungen für den Zeitraum
vom 01.08.1997 bis zum 31.07.1998 - Erweiterung der
Kapazität um 20 Hort-
plätze gemäß KiBeG LSA - zu.**

**Zu TOP 03 - Beschlußvorlage - Satzung zur Bedarfs- und
Entwicklungs-
planung für
Kindertageseinrichtungen für den Zeitraum vom
01.08.1998 bis zum 31.07.1999
Vorlage Nr. 98/I-38/895**

Frau Bürgermeisterin **Szabados** erläuterte die Vorlage.
Es gab keine weiteren Anmerkungen.

Abstimmung zur Vorlage: m e h r h e i t l i c h z u g e s t i m m t

**Beschluß Nr. 98/I-38/895 - Satzung zur Bedarfs- und
Entwicklungsplanung für Kindertages-
einrichtungen für den
Zeitraum vom 01.08.1998 bis zum**

31.07.1999

Der Stadtrat beschließt die Satzung zur Bedarfs-
und Entwicklungsplanung für
Kindertageseinrichtungen in der Stadt Halle für den
Zeitraum vom 01.08.1998 bis
zum 31.07.1999.

**Zu TOP 04 - Beschlußvorlage - Namensänderung von
Kindertages-**

einrichtungen gemäß § 44 Abs. 3

GO LSA

Vorlage Nr. 98/I-38/896

Frau Bürgermeisterin **Szabados** begründete kurz die Vorlage: Laut Gemeindeordnung habe der Stadtrat dies zu beschließen; die Vorschläge seien von den Kuratorien der einzelnen Einrichtungen gemacht worden.

Herr **Kupke**, CDU, fragte zum Namen „Mauseloch“. Liege hier der schriftliche Elternwille vor?

Frau Bürgermeisterin **Szabados** entgegnete, das Kuratorium dieser Einrichtung habe sich für diesen Namen ausgesprochen.

Weitere Anmerkungen gab es nicht.

Abstimmung zur Vorlage: mehrheitlich z u g e s t i m m t

**Beschluß Nr. 98/I-38/896 - Namensänderung von
Kindertageseinrichtungen gemäß**

§ 44 Abs. 3 GO LSA

**Der Stadtrat beschließt die von den Elternkuratorien
vorgeschlagenen
Namensänderungen nachfolgender
Kindertageseinrichtungen.**

**Zu TOP 05 - Beschlußvorlage - Gesellschafterbeschuß
für die Hallesche**

Wohnungsgesellschaft mbH
Vorlage Nr. 98/I-38/897

Es gab keine Wortmeldungen zu dieser Vorlage.

Abstimmung zur Vorlage: mehrheitlich z u g e s t i m m t

**Beschluß Nr. 98/I-38/897 - Gesellschafterbeschuß für die Hallesche
Wohnungs-
gesellschaft mbH**

Der Stadtrat beschließt:

1. den von den Geschäftsführern der Halleschen Wohnungsgesellschaft mbH vorgelegten, von der Deutschen Baurevision AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft geprüften und am 27.08.1997 mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehenen Jahresabschluß des Geschäftsjahres 1996 festzustellen

Der Jahresfehlbetrag beträgt
17.529.007,53 DM

Die Bilanzsumme beträgt
1.228.807.151,17 DM

2. und den Jahresfehlbetrag in Höhe von 17.529.007,53 DM durch Entnahme aus der Sonderrücklage auszugleichen,

3. der Geschäftsführung für das Jahr 1996 Entlastung zu erteilen,

4. dem Aufsichtsrat für das Geschäftsjahr 1996 Entlastung zu erteilen.

Zu TOP 06 - Beschlußvorlage - Gesellschafterbeschuß für die Flughafen

Leipzig-Halle GmbH Vorlage Nr. 98/I-

38/898

Herr **Dr. Köck**, PDS, bat, der Oberbürgermeister als Mitglied des Aufsichtsrates möge im Ausschuß für Wirtschaftsförderung, Beschäftigung und Liegenschaften zur Frage der Entwicklung dieser Gesellschaft berichten. In der Begründung zur Vorlage werde auf ein sehr schlechtes Ergebnis im Jahre 1996 Bezug genommen und die Entwicklung schlechter sei, als ursprünglich angenommen.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

Abstimmung zur Vorlage: mehrheitlich z u g e s t i m m t

Beschluß Nr. 98/I-38/898 - Gesellschafterbeschuß für die Flughafen Leipzig-Halle GmbH

Der Stadtrat ermächtigt den Oberbürgermeister als
Vertreter der Stadt in der
Gesellschafterversammlung der Flughafen
Leipzig/Halle GmbH folgendermaßen
zu beschließen:

1. Den von den Geschäftsführung der Flughafen
Leipzig/Halle GmbH vorgelegten,
von der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft BDO
Deutsche Warentreuhand AG
geprüften und am 25.04.1997 mit dem
uneingeschränkten Bestätigungsvermerk
versehenen Jahresabschluß des Geschäftsjahres
1996 festzustellen

Der Jahresfehlbetrag beträgt
56.620.000,00 DM

Die Bilanzsumme beträgt
435.668.000,00 DM

2. und den Jahresfehlbetrag in Höhe von
56.620.000,00 DM durch Entnahme
aus der Kapitalrücklage auszugleichen,

3. der Geschäftsführung für das Jahr 1996
Entlastung zu erteilen,

4. dem Aufsichtsrat für das Geschäftsjahr 1996 zu
entlasten.

**Zu TOP 07 - Beschlußvorlage - Gesellschafterbeschuß
für das Städtische**

**Krankenhaus Martha-Maria Halle-
Dörlau gGmbH**

Vorlage Nr. 98/I-38/899

Frau Bürgermeisterin **Szabados** erläuterte kurz die Vorlage.
Sie informierte, daß das Land die Mittel für die Umbaumaßnahmen in
Dörlau bewilligt habe.

Herr **Kley**, F.D.P., fragte, ob das Krankenhaus von Seiten der Stadt
eine Bezuschussung erfahren habe.

Frau Bürgermeisterin **Szabados** antwortete, es sei der Stadt
keinerlei finanzielle Belastung

weder aus dem Betrieb der Krankenhäuser noch wegen notwendiger Investitionen entstanden.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

Abstimmung zur Vorlage: mehrheitlich z u g e s t i m m t

**Beschluß Nr. 98/I-38/899 - Gesellschafterbeschluß für das
Städtische Krankenhaus**

**Martha-Maria Halle-
Dölau gGmbH**

Der Stadtrat ermächtigt die Vertreter der Stadt in
der Gesellschafterversammlung
des Städtischen Krankenhauses Martha-Maria Halle-
Dölau gGmbH folgendermaßen
zu beschließen:

1. Den von den Geschäftsführung des Städtischen
Krankenhauses Martha-Maria
Halle-Dölau gGmbH vorgelegten, von der
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
Wirtschaftsberatungs- und
Revisionsgesellschaft mbH geprüften und am
14.05.1997 mit dem uneingeschränkten
Bestätigungsvermerk versehenen
Jahresabschluß des Geschäftsjahres 1996
festzustellen

Der Bilanzgewinn beträgt
48.748,03 DM

Die Bilanzsumme beträgt
74.290.181,76 DM

2. und den Bilanzgewinn in Höhe von 48.748,03 DM
den Gewinnrücklagen
in 1997 zuzuführen,

3. der Geschäftsführung für das Jahr 1996 die
Entlastung zu erteilen,

4. den Aufsichtsrat für das Jahr 1996 zu
entlasten.

**Zu TOP 08 - Beschlußvorlage - Änderung des
Gesellschaftervertrages der
Stadtwirtschaft Halle GmbH und
Erlaß einer Beiratsordnung
für den Beirat der
Stadtwirtschaft Halle GmbH**

Vorlage Nr. 98/I-38/900

Herr **Veith**, Bündnis 90/DIE GRÜNEN, ging auf die Aussage im Hauptausschuß ein, daß die Mitglieder des Beirates nach ihrer Qualifikation ausgewählt werden sollen. Er fragte, ob dabei auch die kleineren Fraktionen berücksichtigt werden.

Frau Bürgermeisterin **Szabados** meinte, der Oberbürgermeister habe im Hauptausschuß sehr deutlich gesagt, daß es sich bei diesem Beirat um ein fachlich beratendes Gremium handle, denn die Stadtwirtschaft sei ein Tochterunternehmen der Stadtwerke und die Stadtwerke hätten einen Aufsichtsrat. Die Fraktionen sollten ihre Vorschläge unterbreiten; über diese Vorschläge sollte dann in der Runde der Fraktionsvorsitzenden gesprochen werden. Ziel sei es, nicht unbedingt entsprechend der Fraktionsgröße zu besetzen, sondern Fachkenntnisse einzubringen.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

Abstimmung zur Vorlage: mehrheitlich z u g e s t i m m t

Beschluß Nr. 98/I-38/900 - Änderung des Gesellschaftervertrages der Stadtwirtschaft Halle

Beiratsordnung für den Beirat der GmbH

GmbH und Erlaß einer Stadtwirtschaft Halle

1. Der Stadtrat erklärt sein Einverständnis zur Änderung des Gesellschaftervertrages der Stadtwirtschaft GmbH so, wie sie in der Anlage 1 ihren Ausdruck gefunden hat.

2. Der Stadtrat erklärt sein Einverständnis zum Erlaß einer Beiratsordnung für den Beirat der Stadtwirtschaft GmbH Halle so, wie sie in der Anlage 2 ihren Ausdruck gefunden hat.

Zu TOP 09 - Beschlußvorlage - Änderungsvertrag zum bestehenden

**Betreuungsvertrag zwischen der
Stadt Halle (Saale) und der
DSK Deutsche
Stadtentwicklungsgesellschaft mbH**

Vorlage Nr. 98/I-38/892

Herr **Prof. Schuh**, SPD, bat um ein Wortprotokoll seiner folgenden Ausführungen:

„Wir haben in diesem Zusammenhang unseren Antrag, eine eigene städtischen Sanierungsgesellschaft zu gründen, zurückgezogen, das haben wir im Hauptausschuß gesagt.

Das haben wir sehr ungern getan, weil wir uns hier Zwängen ausgesetzt gesehen haben, die beruhen auf einem Vertragsabschluß mit der DSK, der ja viel älter ist und der ein unglaubliches Machwerk darstellt. Es ist unglaublich, daß die Stadt mit einer Gesellschaft einen unkündbaren Vertrag schließt, der gleichzeitig so eine Art Instrument zum Geld drucken war.

Dennoch werden wir hier zustimmen, weil genau unser Vorschlag und die dann eingesetzte

Diskussion über diesen DSK-Vertrag eigentlich dazu geführt haben, daß Stadt und diese DSK

sich genötigt gefühlt haben, einen neuen Vertrag zu schließen.

Eigentlich hätten wir uns hier

der Stimme enthalten müssen, aber da haben wir dann die Gefahr gesehen, daß vielleicht

dieser Vertrag dann nicht zustandekommt und der alte Vertrag, der eine Katastrophe ist,

bestehen bleibt. Also nur auf Grund dieser Voraussetzungen stimmen wir diesem Vertrag zu.“

Herr **Lorenz**, SPD, äußerte, seine Fraktion habe im Februar 1997 den Antrag gestellt, eine

eigene städtische Sanierungsgesellschaft zu gründen. Dieser Antrag habe eine merkwürdige

Geschichte. Im Vergabeausschuß sei mitgeteilt worden, der Vertrag sei damals mit Zustimmung aller Fraktionen beschlossen worden. Dann sei eine Anfrage der PDS gekommen

und eine Antwort der Verwaltung dazu. Aus dieser Antwort habe man entnehmen können,

daß nun doch plötzlich ein neuer Vertrag geschlossen werden solle. Im Ausschuß für

Wirtschaftsförderung, Beschäftigung und Liegenschaften und auch im Vergabeausschuß habe man dann verlangt, daß der Vertrag vorgelegt werden soll. Es habe Wochen und Monate

gedauert, bis der Vertrag im WBL-Ausschuß vorgelegen habe. Als er ihn gelesen habe, habe

er auch gewußt, warum, weil dieser Vertrag in der Tat dilettantisch ausgehandelt worden sei.

Der Vertrag sei vor dem entsprechenden Beschluß des Stadtrates von Herrn Kautz unterzeichnet worden. Deswegen frage er, ob denn ein

solcher Vertrag, der keine Genehmigung

durch den Stadtrat gehabt habe, und eine Klausel enthalte, die nur aus wichtigem Grunde die

Kündigung - also kein normales Vertragsende - zulasse, überhaupt rechtlichen Bestand habe.
Das, was jetzt neu abgeschlossen worden sei, sei nicht viel besser - bis auf einen Punkt -
der Vertrag habe plötzlich ein Ende im Jahr 2005.
Er finde es eine Unverschämtheit von der DSK, die in dem ersten Vertrag die Stadtverwaltung über den Tisch gezogen habe, mit Bestimmungen, was die Honorare anbetreffe, die in der Tat eine Lizenz zum Geld drucken seien, wo man über Stundennachweise selbst festsetzen könne, wieviel man einnehme. Das sei u.a. der Punkt, um den es gehe. Ein solcher Vertrag sei eigentlich eine Unmöglichkeit, und auch die Fortsetzung sei nicht viel besser.
Er frage nach - und bitte um eine schriftliche Antwort bis zur nächsten Sitzung -, welche Leistungen en détail die DSK bisher auf der Basis des alten Vertrages erbracht habe und was das bisher gekostet habe, welche Summen bisher abgerechnet worden seien.
Auch interessiere ihn die politische Verantwortlichkeit.

Herr **Dr. Busmann**, Beigeordneter für Planen und Umwelt, meinte, es sei eine Verdrehung von Dingen, die Herr Lorenz hier hineinbringe. Was den Vorlagenverlauf im letzten Jahr angehe, so drehe Herr Lorenz eine Verkettung von Umständen so, daß es böser Wille der Verwaltung gewesen sei oder etwas Ähnliches. Das sei überhaupt nicht der Fall, sondern die Verwaltung habe im Laufe des Jahres erkannt, daß es richtig sei, keinen Treuhändervertrag zu machen, sondern einen Vertrag, wie er jetzt vorliege. Dieses und eine Vertagung - soweit er sich erinnere - hätten dazu geführt, daß der Vertrag selbst erst nach der Sommerpause im Entwurf habe vorgelegt werden können. Die Verwaltung habe sich bemüht, einen guten Vertrag auszuhandeln. Hier habe keiner den anderen über den Tisch gezogen, sondern man habe versucht, auf der Grundlage des bestehenden Vertrages das Beste zu machen für die Stadt. Das habe man unter Mithilfe der Ausschüsse erreicht. Man habe erreicht, daß überwiegend mit Pauschalen abgerechnet werde. Das sei gar nicht im Sinne der DSK, sondern im Sinne der Stadt. Trotzdem würde er nicht sagen, hier habe jemand den anderen über den Tisch gezogen. Die konkrete Beantwortung der Fragen werde er nachliefern. Der alte Vertrag sei vom Rechtsamt geprüft worden. Das Ergebnis sei dem Ausschuß für Planungs- und Umweltangelegenheiten vorgelegt worden. Solche Verträge gebe es durchaus, nicht nur in Halle und nicht nur kurz nach der Wende. Hier müsse er Vorgänger in Schutz nehmen. Wenn man die differenzierte Stellungnahme des Rechtsamtes lese, werde das deutlich.
Es sei an der Zeit, einen Strich unter die Vergangenheit zu machen und festzustellen, daß man einen neuen Vertrag habe mit einem Geschäftsbesorger und einem Betreuer, nicht einem Treuhänder, d.h. mit Beibehaltung aller Zuständigkeiten der Stadt einschließlich Bau- und Vergabeausschuß und mit Möglichkeiten, die man nutzen wolle und könne. Und es sei ein

preiswerter Vertrag.

Herr **Lorenz** wies das Wort „Verdrehung“ mit Entschiedenheit zurück. Er wolle die Fakten sagen: Herr Dr. Busmann habe drei Versionen zu diesem Vertrag geliefert, zum Antrag seiner Fraktion und dann anschließend zum Vertrag. Herr Dr. Busmann sei bei mehreren Sitzungen - obwohl es auf der Tagesordnung gestanden habe - nicht anwesend gewesen, auch der Vertreter habe vor der Behandlung dieses Punktes die Sitzung der Ausschüsse verlassen. Wenn das ein ordnungsgemäßes Verhalten gegenüber den Stadträten und den Ausschüssen sei, dann sehe er das nicht so. Schließlich habe man sich auch zu einer Änderung des Vertrages entschlossen, das habe doch Gründe. Er denke schon, daß es angebracht sei, deutlich den Finger auf die Wunde zu legen, denn man rede über Haushaltslücken. Er möchte gern wissen, wer in der Vergangenheit die heutigen Möglichkeiten möglicherweise eingeschränkt habe.

Herr **Sänger**, CDU, wies darauf hin, auch dieser alte Vertrag sei damals mit der SPD-Fraktion bestätigt worden. Das sollte man nicht vergessen. Man sollte jetzt schnellstmöglich einen besseren Vertrag verabschieden.

Herr Beigeordneter **Dr. Busmann** sagte zu der Beantwortung der Fragen auch die Aushandigung der Stellungnahme des Rechtsamtes zu.

Herr **Prof. Schuh** äußerte, bei der Behandlung dieses Vertrages in den Ausschüssen habe er daraufhingewiesen, daß es im Rahmen des öffentlichen Rechts besondere Rechtspreisvorschriften gebe. Er habe seinerzeit darum gebeten zu prüfen, ob insbesondere die Verordnung PR Nr. 3053 über Preise bei öffentlichen Aufträgen für den alten Vertrag greife oder nicht. Sei bei der Stellungnahme des Rechtsamtes diese Verordnung berücksichtigt worden?

Herr Beigeordneter **Dr. Busmann** antwortete, die Stellungnahme sei von der Stabsstelle im Rechtsamt erarbeitet worden. Er schlage vor, daß dies im Rahmen der anderen Fragen mit beantwortet werden soll.

Herr **Dr. Köck**, PDS, erklärte, daß die PDS-Fraktion vor vier oder fünf Jahren vehement gegen die Verabschiedung dieses Vertrages gekämpft habe. Man habe ja mindestens noch zwei von dieser Art, die Mietpreisregelung Hansering 15 und die ganzen Fälle, die im Zusammenhang mit der „Spitze“ stünden. Sicherlich sei es juristisch so, daß dieser Vertrag „wasserdicht“ und juristisch eindeutig sei. Aber, wenn man juristisch nicht ankomme, sollte man die DSK - und er sei froh, daß man die Vorlage im öffentlichen Teil habe - hier wirklich einmal an den Pranger stellen.

Das sage er, damit die Bürger der Stadt Halle sehen, wer sich hier auf ihre Kosten in der Stadt Halle eine goldene Nase verdiene. Auch dieser Vertrag sei ein Freibrief zum Geld drucken. Er führe als Geschäftsführer auch ein mittelständisches Unternehmen und würde gern 1,1 Mio DM jedes Jahr per Vertrag auf der sicheren Seite wissen, wie das hier der Fall sei. Er wolle ein paar Dinge nennen, die aus seiner Sicht in der heutigen Zeit insofern sittenwidrig seien und gegen den Gleichbehandlungsgrundsatz verstießen: Es gebe auf der einen Seite in der Stadtverwaltung eine interne Richtlinie, daß Ingenieurleistungen gemäß HOAI - in diesem Vertrag werde z.B. in § 6 auch auf die Anwendung der HOAI verwiesen - in allen Verträgen die Mindestsätze nur in Ansatz zu bringen seien. Das heiße also, die halleschen Firmen arbeiteten für 70 DM pro Stunde - hier werde für 93,50 DM bzw. für 110 DM pro Stunde gearbeitet. Das sei rechtlich möglich, die Leistungen könnten frei vereinbart werden. Sicherlich sei das richtig, aber in der heutigen Zeit, wo der Mittelstand zu Bruch gehe und über Auftragseingänge klage, seien offensichtlich einige Firmen da, die fast das Doppelte für die gleiche Leistung bekämen. Wenn man die Leistungen selber erbringen würde mit diesen Lohnkosten, könnte man fast das Doppelte an Arbeitsplätzen erbringen. Die DSK bekomme laut Vertrag vom Dezember 1997 eine Grundvergütung - er frage sich, wofür - von 110 TDM im Jahr. Dieser Vertrag sei wirklich ein Vertrag zum Geld drucken. Er sei froh, daß die SPD-Fraktion eine Lösung gefunden habe, daß man mit dem jetzigen Vertrag wenigstens einen Schrecken mit Ende vor Augen habe; in den nächsten Jahren müsse man noch insgesamt über 6 Mio DM zahlen, dann könne man aus diesem Vertrag aussteigen. Seine Fraktion überlege, ob man nicht doch die Kommunalaufsicht einschalte, ob nicht dieser Vertrag auf Grund dieser Höhe und der Ungleichbehandlung doch sittenwidrig sei.

Herr **Dr. Busmann** erwiderte, das sei starker Tobak, der hier geäußert werde, nach vier Sitzungen immer wieder dasselbe. Es handle sich hier um einen Vertrag, der im Grundsatz mit dem Regierungspräsidium abgestimmt sei, der mit dem Rechnungsprüfungsamt abgestimmt sei, in dem alle relevanten Kostenteile einschließlich Nebenkosten - 8 % für Mitarbeiter, die außerhalb arbeiten und dort ihren Sitz haben -, die Stundensätze für Unternehmen - nicht für Ingenieurbüros - auf der untersten Schwelle lägen. Begriffe wie „sittenwidrig“, „ein Vertrag zum Geld drucken“ seien Provokationen, die man schwer verdauen könne. Es sei der Verwaltung geglückt, einen Vertrag auszuhandeln, der wirklich, weil er Pauschalvergütungen beinhalte, für alle wesentlichen Leistungen sehr günstig für die Stadt sei. Der alte Vertrag habe Nachteile gehabt, weil er auf Stundenbasis abgerechnet habe, das sei durchaus möglich, aber dieser Vertrag sei sehr viel günstiger.

Wenn man auf der einen Seite stolz sei auf eine der größten Flächendenkmale der Bundesrepublik - Halle-Altstadt an der Saale mit 82 ha, mit 800 Denkmalen und 15 Mio DM Umsatz an Fördermitteln im Jahr - dann müsse man auf der anderen Seite auch B sagen, daß das ein bißchen für Honorare koste.

Herr **Heft** erinnerte an die Frage nach der Grundvergütung.

Herr **Dr. Busmann** erklärte, diese Grundvergütung sei in Zusammenhang zu sehen mit den sechs anderen Positionen des Vertrages, insgesamt 950 TDM ausmachend. Die Grundvergütung decke die Gemeinkosten des gesamten Unternehmens, soweit sich diese auf Halle an der Saale bezögen, decke Unvorhergesehenes ab, insbesondere Überstunden. Hätte man die Grundvergütung nicht gemacht, hätte man - wie im alten Vertrag - jede einzelne Stunde abrechnen müssen und nach Überstundensatz. Der Verwaltung sei an einer Summe gelegen gewesen, die per Saldo günstiger sei.

Herr **Faßhauer**, CDU, meinte, der Kampf der PDS-Fraktion könne gar nicht so groß gewesen sein. Am 23.03.1994 sei bei nur 3 Gegenstimmen, 18 Enthaltungen und 70 Ja-Stimmen die Stadtverwaltung von der damaligen Stadtverordnetenversammlung beauftragt worden, für den historischen Altstadt kern mit der DSK einen Betreuungsvertrag abzuschließen. Dieser Vertrag sollte dann vom Kollegium der Dezernenten bestätigt werden. In den Ausschüssen sei dargelegt worden, daß die DSK eine gute Arbeit geleistet habe. Alle ihr übertragenen Aufgaben seien fachgerecht durchgeführt worden. Mit dem Änderungsvertrag würden im Rahmen der Möglichkeiten die Schwächen des Vertrages beseitigt. Man sollte dem Vertrag zustimmen, damit es weitergehe.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

Abstimmung zur Vorlage: mehrheitlich z u g e s t i m m t

**Beschluß Nr. 98/I-38/892 - Änderungsvertrag zum bestehenden
Betreuungsvertrag zwischen
und der DSK Deutsche Stadtentwick-
der Stadt Halle (Saale)
lungsgesellschaft mbH**

Dem Änderungsvertrag zum bestehenden
Betreuungsvertrag zwischen der
Stadt Halle (Saale) und der DSK
Stadtentwicklungsgesellschaft mbH wird
zugestimmt.

**Zu TOP 10 - Beschlußvorlage - Aufstellungsbeschluß
über den B-Plan**

Dautzsch,

Nr. 15.1 Wohnbebauung Halle-

Reideburger Landstraße

Vorlage Nr. 98/I-38/860

Herr **Jeschke**, Neues Forum, äußerte, in der Stellungnahme der
Verwaltung zu dem Änderungsantrag seiner Fraktion werde mitgeteilt,
daß die Ausgleichsmaßnahme vorge-nommen, aber bisher nicht
durchgeführt worden sei. Unter dem Vorbehalt, daß dies weiter
geprüft werden, ziehe er den Änderungsantrag zurück.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

Abstimmung zur Vorlage: mehrheitlich z u g e s t i m m t

**Beschluß Nr. 98/I-38/860 - Aufstellungsbeschluß über den B-Plan Nr.
15.1**

Wohnbebauung Halle-

Dautzsch, Reideburger Landstraße

**1. Der Stadtrat beschließt die Aufstellung des B-
Planes Nr. 15.1 auf der
Grundlage des § 2 Abs. 1 BauGB.**

**2. Der B-Plan erhält die Bezeichnung Nr. 15.1
Wohnbebauung Halle-Dautzsch,**

Reideburger Landstraße.

3. Der Geltungsbereich des B-Planes Nr. 15.1 wird gemäß Beschreibung und Plan in der Anlage 2 festgesetzt.

4. Der Aufstellungsbeschluß ist ortsüblich bekanntzumachen.

5. Die Verwaltung wird beauftragt, die frühzeitige Bürgerbeteiligung gemäß § 3 Abs. 1 BauGB durchzuführen.

_____ -

Zu TOP 11 - Beschlußvorlage - Umgestaltung der Leipziger Straße

Vorlage Nr. 98/I-38/881

Herr **Dr. Müller-Gerberding**, SPD, wies auf ein Mißverständnis hin, daß es offensichtlich bei der Behandlung der Vorlage im Vorfeld gegeben habe. Dem Stadtrat liege zur heutigen Tagung eine geänderte Beschlußvorlage vor, die auf dem Ergebnis der Hauptausschußsitzung basiere. Diese Formulierung sei entstanden in dem Glauben, daß mit der vom Ausschuß für Planungs- und Umweltangelegenheiten beschlossenen Änderung des Textes der Beschlußvorlage auch die Einzelbeschlüsse des Fachausschusses zu Sachfragen - Bereich Knoten am Leipziger Turm, Bereich Charlottenplatz - mit erledigt worden seien. Diese Annahme, die im Hauptausschuß vorhanden gewesen sei, sei nicht zutreffen. Die entsprechenden Punkte des Ausschusses für Planungs- und Umweltangelegenheiten seien mit der Änderung des Textes noch nicht erfaßt worden. Er bat, in der Niederschrift der heutigen Sitzung aufzunehmen, daß die Beschlußpunkte des Ausschusses für Planungs- und Umweltangelegenheiten nicht gegenstandslos geworden seien, sondern, soweit sie dem heutigen Beschluß nicht entgegenstünden, weiterhin gültig bleiben.

Herr **Dr. Köck**, PDS, stellte den **Antrag**, daß die Entscheidung über die Verkehrsführung an der Waisenhausmauer heute noch nicht getroffen werden möge. Er ging auf Details der Verkehrsführung ein. Diese Frage sollte noch einmal überlegt werden, zumal man 1,8 Mio DM - das seien immerhin 10 % der Mittel überhaupt - an dieser Kreuzung ausgeben wolle, um dort den Verkehrsfluß zu erhöhen.

Herr **Prof. Schuh**, SPD, bemerkte, man diskutiere hier die Vorlage, die im Hauptausschuß beschlossen worden sei. Damit beschließe man heute nicht über die Ausführungsplanung. Insofern sei dem Antrag von Herrn Dr. Köck Genüge getan. Er fragte, wie sich die Fördermittel für die obere Leipziger Straße seien. Soweit er wisse, habe der Bund drei ähnliche Projekte inzwischen abgelehnt.

Herr **Dr. Busmann**, Beigeordneter für Planen und Umwelt, erläuterte, die Empfehlungen des Ausschusses für Planungs- und Umweltangelegenheiten hätten eigentlich in den Beschluß gehört; wenn es jetzt in der Niederschrift erhärtet werde, dann sei das ein guter Weg. Es gehe um den Charlottenplatz, um die Einmündung an der Straße an der Waisenhausmauer, die Einbeziehung der Händler insbesondere. Zur Rampe: Es sei nicht so, daß man den Beschluß zur Rampe vertagen und unabhängig da-von die obere Leipziger Straße planen könne. Man brauche bald den Beschluß. Man habe lange genug in den Fachausschüssen darüber gesprochen. Im Hauptausschuß habe man ge-sagt, man könne jetzt noch nicht zustimmen, sondern die Verwaltung werde im März zusam-men mit anderen Vorlagen zum Material und zur Möblierung auch zur Rampe Farbe bekennen. Zur Förderfähigkeit: Die Vertagung des Beschlusses zur Rampe sei dadurch begründet worden, daß man noch nicht die Höhe der förderfähigen Kosten kenne. Den Bescheid habe man noch nicht. Die Verwaltung sei zur Zeit in intensiven Diskussionen auf verschiedenen Ebenen, um eine klare Antwort hierzu zu erreichen. Heute fasse man einen Beschluß zur Vorplanung, der unter dem Vorbehalt der Finanzierbarkeit stehe. Dazu gehöre natürlich eine positive Aussage des Landesförderinstitutes LFI Magdeburg zur oberen Leipziger Straße. Die untere Leipziger Straße sei finanziert. Wenn man wolle, könne man auch die Rampe aus Sanierungsmitteln finanzieren; darüber habe man gesprochen.

Herr **Dr. Müller-Gerberding** ging auf die Ausführungen von Herrn Dr. Köck zur Leipziger Straße ein. Es sei immer bedauerlich, wenn Ausschußmitglieder an Sitzungen nicht teilgenommen haben und anschließend im Stadtrat die dort ausführlich diskutierten Themen noch einmal ansprechen. Im Fachausschuß habe man sich sehr ausführlich mit dem Knoten Leipziger Turm beschäftigt. Man sei sich einig darüber gewesen, daß die jetzige Lösung mit dem Fußgängerüberweg genau im Einmündungsbereich keine gute sei. Im Ausschuß habe man sich aus einer ganz einfachen Überlegung heraus dafür entschieden, jetzt, in dieser frühen Phase eine Variantenempfehlung auszusprechen, obwohl noch nicht alles zu dieser Knotenausbildung geklärt sei. Die Überlegung sei einfach der Bauablauf; für die Verlegung der Versorgungsleitungen brauche man klare Aussagen, wo künftig Fahr-bahnen seien. Deshalb habe man eine Beschlußempfehlung gebraucht. Insofern sehe er auch den Beschluß des Hauptausschusses, der diesen Punkt ausgesetzt habe, nicht im Widerspruch.

Auch die Anlieger hätten frühzeitig einen Anspruch darauf zu wissen, was auf sie zukomme.

Herr **Kautz** erklärte, die CDU-Fraktion begrüße ausdrücklich dieses Vorhaben zur Umgestaltung der Leipziger Straße. Grundsätzlich sollten jedoch Gestaltungsfragen hinter funktionellen Anforderungen zurückstehen. Im gesamten Verlauf der neugestalteten Straße sollten keine Hindernisse eingebaut werden; diese Gefahr sehe man am Charlottenplatz, wo eine Art Terrassierung vorgesehen sei. Im Bereich des Übergangs vom Tunnel Riebeckplatz zum Charlottenviertel sehe man noch Notwendigkeiten der Verbesserung. Im Bereich Rampe am Leipziger Turm sollte Planung und Durchführung dieser neuen Straßenführung kurzfristig erfolgen. Dazu sei die Übereinstimmung von Planung und Haushalt herzustellen. Die CDU-Fraktion möchte die Verwaltung ermutigen, mehr direkt auf die Eigentümer, die Anlieger der Leipziger Straße zuzugehen, an sie zu appellieren, sich in das Konzept einzubringen.

Herr Beigeordneter **Dr. Busmann** entgegnete, es werde keine Terrassierung geben; es sei eine schiefe Ebene. Es werde Wert darauf gelegt, daß die Straße fußgänger- und behindertenfreundlich werde.

Herr **Dr. Köck** verwahrte sich gegen Anschuldigen. Der Stadtrat sei das entscheidende Gremium, hier könnten alle Fragen diskutiert werden. Es gebe Ausschüsse, in denen kleine Fraktionen kein Stimmrecht hätten; diese hätten nur die Möglichkeit, dieses Plenum zu nutzen. Er betone noch einmal, die PDS-Fraktion stimme ausdrücklich dem gesamten Konzept der oberen Leipziger Straße zu. Es gehe nur darum zu prüfen, ob nicht die Variante, wie sie jetzt in diesem Bereich angedacht sei, kontraproduktiv sei zu dem, was man wolle. Er verwies auf die in der Anlage zur Vorlage befindlichen Pläne. Dort sei der Hansering als richtige Straße markiert worden und durchbreche die Leipziger Straße.

Herr **Dr. Busmann** entgegnete (unter Zuhilfenahme der im Saal aufgestellten Pläne), daß es Ziel sei, die Fußgängerverbindung vom Hauptbahnhof bis zum „Händel“ noch schöner zu machen, als sie jetzt sei, also das Geld, das hoffentlich fließen werde, zu nutzen, um hier eine schöne platzähnliche Gestaltung am Leipziger Turm zu machen, ungestört durch die Straße, die jetzt diese Beziehung störe. Im März werde man dazu eine Vorlage einreichen.

Herr **Dr. Köck** erwiderte, wenn dazu im Fachausschuß noch einmal beraten werde, gebe es vielleicht doch noch die Möglichkeit, ob es in dieser Art und Weise sein müsse.

Frau Bürgermeisterin **Szabados** bat den Stadtrat, zu einer Abstimmung über die Vorlage zu kommen. Es gehe hier um Grundlagen. Es gebe noch genügend Raum, Einzelheiten in den Fachausschüssen zu besprechen.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

Herr **Dr. Köck** zog seinen Antrag zurück.

Abstimmung zur Vorlage: mehrheitlich z u g e s t i m m t

Beschluß Nr. 98/I-38/881- Umgestaltung der Leipziger Straße

1. Die Planungskonzeption für die Leipziger Straße gemäß Ziffer 4 der Erläuterungen wird als Grundlage für die weitere Ausführungsplanung und Durchführung des Vorhabens beschlossen.
 2. Die Kosten für die Ausführungsplanung der Rampe müssen gesondert durch den Stadtrat beschlossen werden.
-

*Der 1. Stellvertreter des Vorsitzenden des Stadtrates, Herr Heft, unterbrach die 37. Tagung des Stadtrates und begrüßte als Gäste den Gesandten für Wirtschaft bei der Botschaft der Vereinigten Staaten von Amerika in Berlin, Herrn Joseph A. Saloom, sowie den Leiter der wirtschaftspolitischen Abteilung an der Botschaft der U.S.A., Herrn Rooney.
(Die Herren verließen nach einiger Zeit die Tagung.)*

Zu TOP 12 - Beschlußvorlage - Neue Messe Halle und Ausrichtung des Messewesens in der Stadt Halle

Vorlage Nr. 98/I-38/885

Herr **Kley**, F.D.P., stellte den Änderungsantrag, im Beschlußvorschlag unter Punkt 2 nach dem ersten Satz einzufügen: *„Bei dieser Standortsuche ist auch die Variante zu betrachten, inwieweit ein gemeinsames Agieren mit der Leipziger Messe unter Einbindung unserer Wirtschaftsagentur Halle-Leipzig (W.A.H.L.) den erwünschten Effekt einer regionalen Wirtschaftsförderung bei drastisch reduziertem städtischem Investitionsaufwand möglich machen würde.“*

Herr **Walter**, Beigeordneter für Wirtschaftsförderung, Beschäftigung und Liegenschaften, erklärte, er habe keine Probleme, Gespräche in diese Richtung zu führen und den Stadtrat über das Ergebnis zu informieren.

Herr **Prof. Isbaner**, PDS, äußerte, er halte es nicht für richtig, daß das, was in der jetzigen Vorlage enthalten sei, mit einer anderen Fragestellung gekoppelt werde. Er sei schon dafür, daß der Gedanke geprüft werde, aber er sollte nicht mit diesem Beschluß gekoppelt werden. Wenn man die Frage der Messe nicht kurzfristig kläre, könne man alles, was in der Vorlage enthalten sei, abschreiben. Die Frage einer Zusammenarbeit mit der Leipziger Messe solle geprüft werden; deshalb sollte der Antrag der F.D.P.-Fraktion in den zuständigen Ausschuß verwiesen werden.

Frau Bürgermeisterin **Szabados** meinte, sie gehe davon aus, daß die Verwaltung solche Überlegungen mit aufnehme. Sie glaube nicht, daß es produktiv sei, dies zu sehr in den Mittelpunkt zu stellen.

Herr **Lorenz**, SPD, hielt das von der F.D.P.-Fraktion vorgetragene Anliegen für überlegenswert. Die sich daraus ergebenden Fragen sollten in der Tat geprüft werden, so stehe z.B. sofort die Frage der Verkehrsanbindung.

Herr **Sänger**, CDU, äußerte, der Ausschuß für Wirtschaftsförderung, Beschäftigung und Liegenschaften habe der Vorlage der Verwaltung zugestimmt. Die CDU-Fraktion teile die Auffassung der Verwaltung, allerdings müßten die Verhandlungen jetzt mit Druck weitergeführt werden, um einen Standort zu finden. Man könne sich nicht der Auffassung der F.D.P.-Fraktion anschließen, eine Messe, die für die Stadt Halle als Wirt-

schaftsstandort gedacht sei, an einem anderen Standort durchzuführen.

Herr **Kautz**, CDU, bemerkte, er halte einen Vergleich von Halle und Leipzig, was die Messe betreffe, für nicht angebracht. In Halle gehe es eindeutig um eine regionale Messe. Im Hinblick darauf, daß, wenn man in Halle nicht zum Zuge komme, wahrscheinlich eine regionale Messe dann im Saalkreis stattfinde, sollte man schnell zu einer Entscheidung für einen Standort in Halle kommen.

Herr **Kley** ging auf die Argumente seiner Vorredner ein. Es sei nicht so sinnvoll zu beschließen, die Stadt möge einen anderen Standort ausbauen, um danach zu überlegen, man könnte auch mit Leipzig zusammengehen. Wenn, dann sollte die Standortprüfung insgesamt erfolgen, es gehe immerhin um 20 Mio DM Baumaßnahmen, die die Stadt vielleicht einsetzen müßte, die man aber sparen könnte, wenn man die Gelegenheit in Leipzig mit nutzen wolle.

Man solle betrachten, was die Messe Halle im Moment in ihrer Ausstrahlung für die Stadt Halle gebracht habe. Seien es denn die klassischen Messen, von denen Städte wie Frankfurt oder Hannover lebten, d.h. große Messen, die überregional Aussteller anziehen und auch über ein entsprechendes Kongreßumfeld verfügten? Man habe hier gegenwärtig vorwiegend Verbrauchermessen im Angebot. Wenn es das sei, wofür die Stadt Halle 20 Mio DM ausgeben möchte, dann könnte man dieses Geld in der Leipziger Straße für die eigenen Händler besser anlegen.

Frau Bürgermeisterin **Szabados** betonte die Verpflichtung Halles als Oberzentrum der Region. Bei den hiesigen Messen würden Unternehmen aus der Region und über diese hinausgehend ihre Produkte anbieten.

Der Tagungsleiter fragte bei Herrn Prof. Isbaner nach, ob der Antrag auf Verweisung des Änderungsantrag in den Ausschuß im Namen der Fraktion gestellt worden sei.

Dies wurde von Herrn Prof. Isbaner bejaht.

Herr **Heft** erklärte, nachdem der Änderungsantrag namens der PDS-Fraktion in den Ausschuß für Wirtschaftsförderung, Beschäftigung und Liegenschaften verwiesen worden sei, könne man über die Vorlage abstimmen.

Herr **Dölle**, CDU, äußerte die Auffassung, daß ein Änderungsantrag unmittelbar zur Vorlage gehöre. Man könne nicht einen solchen Antrag verweisen, wenn die Vorlage behandelt werden soll.

Herr **Dr. Köck**, PDS, erbat die Auskunft des Rechtsamtes dazu.

Herr **Borries**, Leiter des Amtes für Rechtsangelegenheiten, erläuterte den Zusammenhang zwischen Vorlage und dem damit befaßtem Änderungsantrag.

Herr **Prof. Isbaner** zog den Antrag seiner Fraktion zurück.

Abstimmung zum Änderungsantrag der F.D.P.-Fraktion: bei 4 Ja-Stimmen

mehrheitlich a b g e l e h n t

Abstimmung zur Vorlage:

mehrheitlich z u g e s t i m m t

**Beschluß Nr. 98/I-38/885 - Neue Messe Halle und Ausrichtung des
Messewesens
in der Stadt Halle**

1. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, die Verhandlungen mit der Messegesellschaft Halle (MGH) zum Aufbau der Neuen Messe Halle auf einer Teilfläche des stadteigenen Ostzucker-Geländes nicht mehr weiterzuführen. Die Arbeiten an der Vorbereitung der Erschließung des Geländes für gewerbliche Nutzung sind fortzusetzen. Anträge zur Förderung der Erschließung sind demgemäß zu ändern und dem Wirtschaftsministerium des Landes in neuer und angepaßter Form einzureichen.

2. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, der MGH letztmalig einen alternativen Standort anzubieten bzw. zu vermitteln. Sollte kein geeigneter Standort verfügbar oder der Standort mit unzumutbaren wirtschaftlichen Belastungen für die Stadt oder die MGH verbunden sein, ist die Stadtverwaltung gehalten, die Absichten der MGH zur Entwicklung des Messestandortes auf der Grundlage

des fortdauernden Kooperationsvertrages
abschließend zu eruieren und dem
Stadtrat zu berichten.

3. Der Stadtrat begrüßt die Vorstellung und den
Vorschlag der Verwaltung, sich
stärker als bisher auf die Förderung von
Veranstaltungen in Halle zu konzen-
trieren und nimmt zur Kenntnis, daß die
Verwaltung dazu im Jahr 1998 experi-
mentelle Schritte unternimmt.
Über das Ergebnis wird der Stadtrat Anfang 1999
unterrichtet.

Zu TOP 13 - Wiedervorlage

**Zu Antrag des Stadtrates Uwe Heft, PDS, zur
Überarbeitung der Vergabe-
ordnung** Vorlage Nr. 97/I-34/A-357

Herr **Doegel**, CDU, erklärte, seine Fraktion plädiere für die Beibehaltung der jetzt bestehenden Regelung.

Herr **Lorenz**, SPD, informierte zur Empfehlung, die der Ausschuß für städtische Bauangelegenheiten und Vergaben abgegeben hat.

Abstimmung zum Antrag in modifizierter Form: **bei 29 Ja-**
Stimmen
(Empfehlung Ausschuß für städtische
16 Nein-Stimmen
Bauangelegenheiten und Vergaben)
mehrheitlich z u g e s t i m m t

**Beschluß Nr. 98/I-38/A-357 - Antrag des Stadtrates Uwe Heft, PDS,
zur Überarbeitung der**

Vergabeordnung

**Die Vergabeordnung wird in Punkt 6 - Auftragserteilung -
wie folgt geändert:**

- Vergabeausschuß**
 - für die Vergabe von Bauleistungen (VOB)
von 300.000,00 DM bis zu 2.000.000,00 DM der
 - (VOL)**
 - für die Vergabe von Lieferungen und Leistungen
von 80.000,00 DM bis 500.000,00 DM
-

(Dem entsprechend müßte die neue Hauptsatzung angepaßt werden.)

**Zu Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN -
Anschluß der Stadt**

**Halle (Saale) an der Europäischen
Kampagne zukunftsfähiger
Städte und Gemeinden** Vorlage Nr. 97/I-
33/A-338

Herr **Veith**, Bündnis 90/DIE GRÜNEN, äußerte, daß der Antrag im Ausschuß für Planungs- und Umweltangelegenheiten und im Sozial- und Gesundheitsausschuß nicht befürwortet worden sei. Der Antrag sei als ein Qualitätsmerkmal der Stadt Halle zu sehen, inwieweit die Stadt in der Lage sei, mit den in globalem Sinne gefaßten Beschlüssen - Agenda 21, Klimakonferenz - lokal umzugehen. Es sei wichtig zu zeigen, daß die Stadt eine Vorbildfunktion habe, mit all den dazu gefaßten Beschlüssen bereit zu sein, sich solch einer Kampagne zu stellen.

Herr **Dr. Köck**, PDS, erklärte, dieser Antrag stehe in engem Zusammenhang mit dem folgenden Antrag. Stimme man dem nächsten Antrag zu und sei aber nicht bereit, Agenda 21 gemeinsam mit europäischen Städten zu machen, sei das aus seiner Sicht nicht gut möglich.

Herr **Dr. Müller-Gerberding**, SPD, begründete das Votum des Ausschusses für Planungs- und Umweltangelegenheiten. Mehrheitlich sei dort entschieden worden, in der Sache

eine Reihe von Schritten konkret zu unternehmen, der Verwaltung klare Vorgaben zu geben, was zu geschehen habe, aber man wolle nichts tun, was den Anschein erwecke, lediglich Bürokratie aufzubauen. Es gehe darum, was man wirklich in der Sache tun wolle.

Frau Bürgermeisterin **Szabados** machte deutlich, die Stadt Halle sei im Gesunde-Städte-Netzwerk verankert und im Klimabündnis. Sie halte das Aufstellen einer lokalen Agenda für das 21. Jahrhundert - das sei kein Umweltprogramm, sondern bedeute ein Zukunftsprogramm für eine lebenswerte Stadt - für wichtiger. Ein Beitritt zu dieser Kampagne habe mehr eine Wirkung nach außen, die praktischen Schritte seien jedoch entscheidend.

Herr **Jeschke**, Neues Forum, bat den Beigeordneten für Planen und Umwelt nach seiner Stellungnahme nach dem Votum der Ausschüsse. Er meine, es sei möglich, einerseits die Individualität der Stadt zu sehen, aber andererseits sich mit anderen europäischen Städten, die hier einen Verbund darstellten, zu vergleichen.

Herr **Dr. Busmann**, Beigeordneter für Planen und Umwelt, brachte zum Ausdruck, es sei nicht das wichtigste, weiteren Städtebündnissen beizutreten. Der Kern der Sache sei wirklich, etwas Praktisches zu tun.

Herr **Dr. Köck** schlug eine Trendabstimmung vor. Sollte der Trend zu einer Ablehnung des Antrages gehen, sollte der Antrag zurückgezogen werden.

Herr **Veith** meinte, die Geschichte der Stadt werde unter anderem an diesem Stadtrat, aber auch an den Protokollen der Ausschüsse gemessen. Darin seien die Bedenken und Zweifel der Stadträte genügend dokumentiert.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

Abstimmung zum Antrag:
Stimmen

mit 22 Ja-

22 Nein-Stimmen

4 Enthaltungen **a b g e l e h n t**

Damit wurde der Antrag a b g e l e h n t.

**Zu Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN -
Bekennung des**

**Stadtrates zu seiner Verantwortung,
einen Beitrag zur
Umsetzung der Agenda 21 zu leisten**

Vorlage Nr. 97/I-33/A-350

Herr **Heft** wies auf den geänderten Beschlußvorschlag hin, den der Ausschuß für Planungs- und Umweltangelegenheiten empfehle.

Herr **Veith**, Bündnis 90/DIE GRÜNEN, erklärte, diese Empfehlung werde von seiner Fraktion mitgetragen.

Frau **Greuel**, PDS, erläuterte das Votum des Gesundheits- und Sozialausschusses. Zusätzlich zur Empfehlung des Ausschusses für Planungs- und Umweltangelegenheiten seien unter Punkt 1 des Beschlußtextes zwei weitere Sätze aufzunehmen.

Frau Bürgermeisterin **Szabados** empfahl die Aufnahme dieser Ergänzung im Beschluß.

**Abstimmung zum Antrag in modifizierter Form: mehrheitlich z u g
e s t i m m t**
*(Votum Ausschuß f. Planungs-
und Umweltangelegenheiten und
Sozial- und Gesundheitsausschuß)*

**Beschluß Nr. 98/I-38/A-350 - Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE
GRÜNEN - Bekennung**
**seiner Verantwortung, einen Beitrag zur des Stadtrates zu
21 zu leisten Umsetzung der Agenda**

**Der Stadtrat bekennt sich zu seiner Verantwortung, einen
Beitrag zur Umsetzung
der Agenda 21 zu leisten.**

Die Stadtverwaltung wird beauftragt:

**1. Vorschläge zu erarbeiten, wie der Prozeß zur
Umsetzung der Agenda 21
gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern
erfolgen kann;**
**Die Stadtverwaltung, der geschäftsführende
Initiativkreis Gesunde-Städte-
Projekt Halle in enger Zusammenarbeit mit der
Landesvereinigung für
Gesundheit Sachsen-Anhalt e.V. und dem Bund
für Umwelt- und Naturschutz
Deutschland (BUND) sollen die Umsetzung im
Detail vorbereiten.**
**Die im Initiativkreis Gesunde-Städte-Projekt
Halle vereinigten Verbände,
Vereine und Organisationen sollen zusammen mit
dem Agenda-Büro Halle**

und den halleschen Umweltverbänden die
Bevölkerung der Stadt heranziehen.

2. dem Stadtrat die Aktivitäten der Stadt Halle
zur Umsetzung der Agenda 21
in einem jährlichen Bericht vorzulegen;

3. zu untersuchen, wie die Lokale Agenda 21 über
Förderungsprogramme
(insbesondere der EU und der
Bundsumweltstiftung) unterstützt werden kann.

**Zu Antrag der F.D.P.-Fraktion - Teilprivatisierung der
Stadtwerke**

Vorlage Nr. 97/I-35/A-366

00012419 doc

Vorsitzenden Geschäftsführer der SWH, Herrn Henning,
und dem Aufsichtsrats-
vorsitzenden der EVH, Herrn Pasch.

Der Stadtrat legte eine **P a u s e** ein.

Zu TOP 14 - Anträge von Fraktionen und Stadträten

(Es wurden zunächst 12 Anträge, die an die 37. Tagung des Stadtrates am 17.12.1997 gerichtet waren und aus Zeitmangel abgesetzt wurden, behandelt.)

**Zu Antrag des Bildungs-und Kulturausschusses zum
Passendorfer**

Frau **Dorn**, SPD, beantragte namens der Fraktion die Verweisung des Antrages in den Ausschuß für Wirtschaftsförderung, Beschäftigung und Liegenschaften.

Der Antrag wurde in den

- Ausschuß für Wirtschaftsförderung, Beschäftigung und Liegenschaften

verwiesen.

Zu Gemeinsamer Antrag der Stadtratsfraktionen von CDU, F.D.P. und

**SPD betreffend die
Veröffentlichung der Festansprache
aus Anlaß des 50.
Todestages des ehemaligen halleschen**

Richard Robert Rive

Oberbürgermeisters Dr.

Vorlage Nr. 97/I-37/A-391

Es gab keine Wortmeldungen zu diesem Antrag.

Abstimmung zum Antrag: mehrheitlich z u g e s t i m m t

**Beschluß Nr. 98/I-38/A-391 - Gemeinsamer Antrag der
Stadtratsfraktionen von CDU, F.D.P.**

**die Veröffentlichung der Festansprache
Todestages des ehemaligen halleschen
Dr. Richard Robert Rive**

**und SPD betreffend
aus Anlaß des 50.
Oberbürgermeisters**

**Der Oberbürgermeister wird gebeten, im Einvernehmen mit Herrn
Prof. Dr.**

**Herrn Dr. Rupieper aus
Anlaß des 50. Todestages des ehemaligen halleschen
Oberbürgermeisters und
Ehrenbürgers der Stadt Halle (Saale), Dr. Richard
Robert Rive, gehaltenen Festrede
zu veranlassen.**

**Zu Antrag des Stadtrates Dr. Jürgen Ackermann, CDU-
Fraktion zu**

**Auflistung und Verantwortlichkeiten
für Schäden aus mangel-
hafter Bauausführung an nach 1989
rekonstruierten Schulen**

Vorlage Nr. 97/I-37/A-392

Herr **Dr. Ackermann**, CDU, meinte, der in der Stellungnahme der Verwaltung angegebene Termin 30.04. erscheine ihm zu lang. Er schlug Ende Februar vor.

Herr **Heinrich**, Beigeordneter für Bauen, plädierte für die Beibehaltung des von der Verwaltung vorgeschlagenen Termins.

Herr **Dr. Ackermann** nahm den Termin zur Kenntnis.

Abstimmung zum Antrag: **mehrheitlich z u g e s t i m m t**

Beschluß Nr. 98/I-38/A-392 - Antrag des Stadtrates Dr. Jürgen Ackermann, CDU-Fraktion zu

**Auflistung und
Verantwortlichkeiten für Schäden aus mangel-
hafter Bauausführung
an nach 1989 rekonstruierten Schulen**

Der Stadtrat beschließt, den Oberbürgermeister zu beauftragen, eine Auflistung dem halleschen Stadtrat bis zum 30.04. 1998 vorzulegen, aus der Schäden auf Grund mangelhafter Bauausführung an nach 1989 rekonstruierten Schulen hervorgehen.
Die ca. Schadenssumme und die Verantwortlichkeit ist zu benennen.
Wurden Regreßforderungen gestellt?

Vorlage Nr. 97/I-37/A-395

00012419 doc

Zu Antrag der Fraktion Neues Forum - Kinderbibliothek Lessingstraße

Vorlage Nr. 97/I-37/A-396

Herr **Gärtner**, Beigeordneter für Bildung, Kultur und Sport, empfahl, diesen Antrag auszu-
setzen, da sich der Unterausschuß Beschwerden zur Zeit mit dieser
Problematik befasse
und ein Gentleman Agreement zur Lösung bis Ende Februar erreichen
wolle.

Die Fraktion Neues Forum zeigte sich mit dieser Verfahrensweise
einverstanden.

**Die Behandlung des Antrages wurde bis zum Vorliegen des Ergebnisses
der Beratungen des
Unterausschusses Beschwerden a u s g e s e t z t.**

**Zu Antrag der F.D.P.-Fraktion - Neuer Standort für die
„Schule für Aus-**

gleichsklassen'' Erich-Weinert-Straße

Vorlage Nr. 97/I-37/A-397

Herr **Dr. Ackermann**, CDU, beantragte namens seiner Fraktion die Verweisung des Antrages in den Bildungs- und Kulturausschuß.

Der Antrag wurde in den
- Bildungs- und Kulturausschuß
v e r w i e s e n .

Zu Antrag der F.D.P.-Fraktion - Sperrzeitverordnung
LSA

Vorlage Nr. 97/I-37/A-398

Es gab keine Wortmeldung zu diesem Antrag.

Abstimmung zum Antrag: m e h r h e i t l i c h z u g e s t i m m t

**Beschluß Nr. 98/I-38/A-398 - Antrag der F.D.P.-Fraktion -
Sperrzeitverordnung LSA**

Der Oberbürgermeister wird gebeten,

- bei den entsprechenden Dienststellen des
Innenministeriums LSA dafür einzu-
treten, daß die Sperrzeitverordnung LSA
entsprechend den Regelungen in den
Freistaaten Thüringen und Sachsen gestaltet wird,
 - im Regierungspräsidium für eine großzügige
Anwendung der geltenden Sperr-
zeitverordnung LSA in der Stadt Halle zu
plädieren,
 - im städtischen Ordnungsamt auf eine großzügigere
und weniger restriktive
Genehmigungspraxis hinsichtlich Anträgen zur
Verlängerung der Sperrzeit zu
dringen.
-

**Zu Antrag der SPD-Fraktion - Ausbau des Gimritzer
Dammes**

Vorlage Nr. 97/I-37/A-400

Herr **Dr. Müller-Gerberding**, SPD, dankte der Verwaltung für den in der Stellungnahme gegebenen Terminplan. Damit sei das Anliegen des Antrages erledigt. In der Sache erinnerte er für die weitere Vorbereitung daran, die Frage der Straßenbahnhaltestellen und der Fußgängerführung in diesem Bereich sorgfältig zu prüfen.

Der Antrag wurde als erledigt angesehen.

**Zu Antrag der SPD-Fraktion- Vorlage
haushaltsrechtlicher Genehmigungen der Kommunalaufsichtsbehörde**
Vorlage Nr. 97/I-37/A- 401

Es gab keine Wortmeldungen zu diesem Antrag.

Abstimmung zum Antrag: **mehrheitlich z u g e s t i m m t**

Beschluß Nr. 98/I-38/A-401 - Antrag der SPD-Fraktion- Vorlage
haushaltsrechtlicher
Kommunalaufsichtsbehörde
Genehmigungen der

Der Oberbürgermeister hat sämtliche haushaltrechliche Genehmigungen der Kommunalaufsichtsbehörde unmittelbar nach Eingang dem Finanzausschuß vorzulegen.

**Zu Antrag der SPD-Fraktion - Kunstausstellungsplanung
der Stadt Halle**

Vorlage Nr. 97/I-37/A-402

Frau **Dorn**, SPD, beantragte namens ihrer Fraktion die Verweisung des Antrages in den Bildungs- und Kulturausschuß.

Der Antrag wurde in den
- Bildungs- und Kulturausschuß
v e r w i e s e n .

**Zu Antrag der SPD-Fraktion - Übersiedlung der
Fraktionen in das
Stadthaus** Vorlage Nr. 97/I-37/A-403

Herr **Prof. Schuh**, SPD, erklärte, die Stellungnahme der Stadtverwaltung habe ihn befremdet. Er sei der Meinung, so könne man dieses Anliegen nicht abbügeln. Es sei festzustellen, daß die ehrenamtlich tätigen Stadträte in dem gesamten Haushalt einen sehr kleinen Posten einnehmen. Gerade für diese Tätigkeit, die nebenberuflich ausgeübt werde, sei es nötig, optimale Arbeitsbedingungen zu haben. Im Haus der Fraktionen seien diese nicht gegeben. Namens seiner Fraktion beantragte er die Verweisung des Antrages in den Unterausschuß Finanzen.

Der Antrag wurde in den
- Unterausschuß Finanzen
v e r w i e s e n .

*(Damit wurde die Behandlung der zur 37. Tagung des Stadtrates
eingereichten Anträge
beendet.*

*Herr Oberbürgermeister Dr. Rauen hatte zu diesem Zeitpunkt seine
dienstliche Verpflichtung
außerhalb der 38. Tagung des Stadtrates beendet und nahm am
weiteren Verlauf der Tagung
teil.)*

**Zu Antrag der CDU-Fraktion - Repräsentation der Stadt
zum**

**Sachsen-Anhalt-Tag durch die
Salzwirker-Brüderschaft
(Halloren) und andere Stadtvertreter**

Vorlage Nr. 98/I-38/A-405

Herr **Kautz**, CDU, begründete den Antrag, Es gehe um eine Konzeption
für die Beteiligung
der Stadt an zukünftigen Landestagen.

Herr **Walter**, Beigeordneter für Wirtschaftsförderung, Beschäftigung
und Liegenschaften,
betonte, eine breite Beteiligung aller relevanten Gruppen sei
ermöglicht worden, indem
auf den Sachsen-Anhalt-Tag hingewiesen werde und die Konditionen
zugeschickt würden.

Das Dilemma sei, daß das Land keine Mittel dafür gebe. Die Teilnehmer müßten dies aus eigenem Engagement heraus machen. Wenn man eine größere Beteiligung wolle, dann müsse man auch Mittel bereitstellen, das sei aber für die Stadt aufgrund der Haushaltslage nicht möglich.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

Abstimmung zum Antrag:	mit 19 Ja-Stimmen	27 Nein-
Stimmen		4
Enthaltungen		
l e h n t	mehrheitlich	a b g e

Damit wurde der Antrag a b g e l e h n t.

**Zu Antrag der CDU-Fraktion - Verhandlungen über den
Abschluß eines Erbbaupachtvertrages für die
Eissporthalle**

Vorlage Nr. 98/I-38/A-406

Der Tagungsleiter wies darauf hin, daß die CDU-Fraktion zu ihrem Antrag eine Änderung eingereicht habe.

Herr **Doege**, CDU, begründete Antrag und Änderung dazu.

Herr **Walter**, Beigeordneter für Wirtschaftsförderung, Beschäftigung und Liegenschaften,

erklärte der WBL-Ausschuß habe sich bereits mit dieser Thematik befaßt, eine Vorlage der Verwaltung behandelt und folgende Beschlußfassung empfohlen: „Der Ausschuß für Wirtschaftsförderung, Beschäftigung und Liegenschaften stimmt der Beschlußvorlage zu und empfiehlt dem Stadtrat, die Verwaltung zu beauftragen, die Verhandlungen auf der Grundlage der in der Beschlußvorlage vorgeschlagenen Konditionen zum Abschluß eines Erbbau-rechtsvertrages für die Eissporthalle aufzunehmen.“ Die Verwaltung sei schon dabei zu verhandeln.

Herr **Gärtner**, Beigeordneter für Bildung, Kultur und Sport, ergänzte, es sei vorgesehen, dem Stadtrat möglichst im Monat März eine Vorlage vorzulegen, die sich mit dem Erbbaurechtsvertrag und der Betreuung befassen soll. Wenn dann der Stadtrat zustimmen könne, sei noch eine Eröffnung der Eissporthalle im September möglich. Vor Anfang Mai könne mit den Arbeiten zur Wiedereröffnung nicht begonnen werden, da es bis Ende April noch Verträge mit Veranstaltern gebe. Auch sollte bedacht werden, daß man dann andere Nutzungsmöglichkeiten - z.B. für „trockene“ Sportarten und Konzertveranstaltungen - nicht mehr habe.

Frau **Ehlert**, PDS, bat, die Verwaltung auch zu beauftragen, für die Sportvereine, die bisher die Halle genutzt haben, Ersatzspielflächen zu finden.

Herr **Dr. Koehn**, Bündnis 90/DIE GRÜNEN, wies darauf hin, daß es in Halle so viele Veranstaltungsort gebe, an denen Konzerte stattfinden können. Man habe eine Sporthalle, die multifunktional genutzt werden soll. Auch werde bald die „Spitze“ mit dem Konzertsaal fertiggestellt.

Herr **Prof. Kiel**, PDS, meinte, man sollte froh sein, Land in Sicht zu sehen für die Wiederin-betriebnahme der Eissporthalle. Das sei für ihn das primäre. Er bat, die Preise - vor allem für den Schul- und Vereinssport sowie für das Eislaufen für jedermann - moderat zu halten.

Herr **Kupke**, CDU, fragte den Oberbürgermeister, welche Zielstellung er gegeben habe für die Wiederinbetriebnahme der Eissporthalle.

Herr Oberbürgermeister **Dr. Rauen** entgegnete, es stehe fest, daß die jetzigen Kalkulationen keinesfalls ausreichend seien, um eine realistische Einschätzung der entstehenden Kosten zu haben. Deswegen seien auch die Beteiligten selbst, die das Angebot unterbreitet haben, erneut in die Beratung gegangen, um die inzwischen auch ihnen bekannten zusätzlichen Probleme zu erörtern. Für ihn stehe fest, daß die jetzigen Zahlen keine ausreichende Grundlage bildeten, auf der man verantwortlich Entscheidungen treffen könne. Konkret könne man erst eine Aussage treffen, wenn man genau wisse, was die Stadt den Betreibern zusätzlich an Millionen noch hinzugeben müsse, damit das gute Konzept auch umgesetzt werden

könne. Um diese Millionen werde man sicherlich ringen müssen. Ob das im März gelinge - da werde man spätestens auch in der Haushaltsplanberatung sein - da sei er sehr skeptisch.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

Abstimmung zum Antrag in modifizierter Form: **mehrheitlich z u**
g e s t i m m t
(Änderung der CDU-Fraktion)

Beschluß Nr. 98/I-38/A-406 - Antrag der CDU-Fraktion -
Verhandlungen über den Abschluß **eines**
Erbbaupachtvertrages für die Eissporthalle

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, unverzüglich in Verhandlungen mit den Interessenten hinsichtlich der Betreuung der Eissporthalle, Werkling/Busch, auf Grundlage deren Konzeptes einzutreten. Ziel der Verhandlungen soll der Abschluß eines Erbpacht- und Betreibervertrages mit den genannten Konzepteinreichern sein, um die Wiederinbetriebnahme dieser Halle für eissportliche Zwecke noch für September 1998 sicherzustellen.

Zu Antrag der SPD-Fraktion - Bürgersaal im Wohngebiet „Silberhöhe“

Vorlage Nr. 98/I-38/A-407

Herr **Doege**, CDU, erläuterte den Änderungsantrag seiner Fraktion, im Haushaltsjahr 1998 die bauseitigen Planungen für die Schaffung eines Bürgersaales zu veranlassen und im Haushaltsplan 1998 im Vermögenshaushalt eine Verpflichtungsermächtigung für 1999 zur Errichtung eines Bürgersaales einzustellen.

Herr Oberbürgermeister **Dr. Rauen** meinte, die Dinge seien noch nicht so konkretisiert, daß man 1998 mit Bauplanungen anfangen könne. Es müsse ein Grundstück gefunden, ein Raumprogramm aufgestellt und die Finanzierung geklärt werden. So gut es gemeint sei, aber das werde sich 1998 nicht verwirklichen lassen.

Herr **Dr. Reinhardt**, SPD, bat die Verwaltung, schnell zu prüfen.

Herr **Heinrich**, Beigeordneter für Bauen, erklärte, das Hochbauamt zeichne für die Vor-bereitung verantwortlich. Wenn der Beschluß heute gefaßt werde, werde mit Energie an die Arbeiten gegangen.

Herr **Doege** gab zu Bedenken, daß der Änderungsantrag so formuliert sei, daß die bauseitigen Planungen im Haushaltsjahr 1998 *veranlaßt* werden sollen. Das Jahr habe gerade erst begonnen, in der restlichen Zeit die Prüfung durchzuführen und dann die Planung zu veranlassen, sei aus Sicht der Fraktion ein durchaus legitimer Wunsch.

Herr Oberbürgermeister **Dr. Rauen** meinte, man könne im Haushalt Planungskosten aufnehmen. Das müsse in den Haushaltsplanberatungen entschieden werden.

Herr **Doege** zog den Änderungsantrag zurück und kündigte an, ihn in die Haushaltsberatung 1998 erneut einzubringen.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

Abstimmung zum Antrag: **mehrheitlich z u g e s t i m m t**

Beschluß Nr. 98/I-38/A-407 - Antrag der SPD-Fraktion - Bürgersaal im Wohngebiet „Silberhöhe“

Der Stadtrat beauftragt den Oberbürgermeister zu prüfen, ob für das Wohngebiet

„Silberhöhe“ ein Bürgersaal geschaffen werden kann,
der für größere Veranstaltungen in diesem Stadtteil der Bevölkerung zur Verfügung steht.
Die Betreuung kann einem der aktiven Vereine, z.B. Bürgerinitiative Silberhöhe, übertragen werden.

**Zu Antrag der Stadträtin Irmela Dorn, SPD -
Zusätzliche Parkflächen am
Zoo Halle** Vorlage Nr. 98/I-38/A-408

Frau **Dorn**, SPD, bat die Verwaltung, die Vorschläge, die in der Stellungnahme des Dezernates Verwaltung, Personal und Ordnung gemacht worden seien, weiter zu prüfen und möglicherweise umzusetzen.

Herr **Geuther**, CDU, kritisierte, zum wiederholten Male müsse er feststellen, daß die Verwaltung nicht mit einer Stimme spreche. Es gebe eine Stellungnahme von Herrn Dr. Roscher und eine Stellungnahme von Herrn Dr. Busmann, die sich zum Teil widersprächen.
Der Antrag sollte im Planungsamt ernsthaft besprochen werden. Eine vorgeschlagene Verweisung in den Innenausschuß halte er nicht für richtig.

Herr **Müller**, PDS, beantragte namens seiner Fraktion die Verweisung in den Ausschuß für Planungs- und Umweltangelegenheiten. Es solle überlegt werden, ob ein Park-and-Ride-System an der Endhaltestelle in Trotha geschaffen werden könne.

**Der Antrag wurde in den
- Ausschuß für Planungs- und Umweltangelegenheiten
verwiesen.**

Anregung: Es soll die Einrichtung eines P&R-Platzes in Trotha geprüft werden.

**Zu Antrag des Stadtrates Prof. Dr. Dieter Schuh, SPD -
Methode zur**

Berechnung der KITA-Gebühren Vorlage

Nr. 98/I-38/A-409

Herr **Prof. Schuh**, SPD, beantragte namens seiner Fraktion die Verweisung des Antrages in den Unterausschuß Finanzen.

**Der Antrag wurde in den
- Unterausschuß Finanzen
v e r w i e s e n .**

Herr **Lorenz**, SPD, sprach das Problem der Klärung der Zuständigkeit für die Beratung von bestimmten Haushaltsteilen an. Es gebe bisher keine Zuständigkeitsordnung. Im Vergabeausschuß habe man sich mehrheitlich dafür ausgesprochen, daß das Dezernat Bauen im Vergabeausschuß beraten werde. Er hätte gern ein Votum des Stadtrates dazu.

Herr **Heft** verwies auf den breiten Konsens, den es im Vergabeausschuß zwischen den Mitgliedern des Ausschusses und Herrn Heinrich gegeben habe, sich in der nächsten Sitzung automatisch mit dem Umfang des Haushaltes zu beschäftigen.

Herr **Heinrich**, Beigeordneter für Bauen, meinte, in der neuen Hauptsatzung sei das so vorgesehen. Diese Hauptsatzung sei aber noch nicht bestätigt. Deshalb habe er gebeten,

ein Votum des Stadtrates abzugeben. Es habe im vergangenen Jahr Stimmen gegeben, die gesagt hätten, er schmuggle seinen Haushalt an den Fachausschüssen vorbei. Das möchte er nicht.

Herr Oberbürgermeister **Dr. Rauen** äußerte, diese Frage habe man schon einmal diskutiert und gesagt, daß der Ausschuß für städtische Bauangelegenheiten und Vergaben am nächsten an der fachlichen Kompetenz stehe und dies mit erörtern sollte. Darüber sei bis jetzt Konsens gewesen. Diesen Konsens habe man in die neue Hauptsatzung aufgenommen. Er sehe keinen Bedarf für einen gesonderten Beschluß.

Herr **Heft** stellte fest, dem könne der Stadtrat folgen. Sollte in anderen Ausschüssen noch Bedarf zu Erläuterungen bestehen, werde Herr Heinrich sicher auch dort zur Verfügung stehen.

Zu TOP 17 - Anfragen von Stadträten

(Nachstehende Anfragen Nr. 01 bis 11(*siehe Seiten 116 bis 155 der Niederschrift*) aus der Tagesordnung der 37. Tagung des Stadtrates wurden infolge Zeitmangels in jener Tagung am 17.12.1997 nicht behandelt.
Die Anfragen Nr. 01 bis 04 an die 38. Tagung des Stadtrates werden auf den *Seiten 156 bis 170 der Niederschrift* wiedergegeben.)

**Zu Anfrage Nr. 01 - der CDU-Stadtratsfraktion zur
Umsetzung des
Soforthilfeprogramms
für Sozialhilfeempfänger**

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**Zu Anfrage Nr. 02 - des Stadtrates Wolfgang Kupke,
CDU-Fraktion, zu
fallenden Preisen für
Niederflurstraßenbahnen**

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**Zu Anfrage Nr. 03 - der Fraktion Neues Forum zum
Heinrich-und-Thomas-
Mann-Haus**

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**Zu Anfrage Nr. 04 - der SPD-Fraktion zu Vereinen im
sozio-kulturellen**

**Bereich in der Stadt
Halle**

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**Zu Anfrage Nr. 05 - der SPD-Fraktion zum
Soforthilfeprogramm für**

Sozialhilfeempfänger

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**Zu Anfrage Nr. 06 - der SPD-Fraktion zu
Geschäftsberichten städtischer**

Unternehmen

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**Zu Anfrage Nr. 07 - der Stadträtin Irmela Dorn, SPD-
Fraktion, zu einem**

Offenen Brief

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**Zu Anfrage Nr. 08 - der Fraktion der PDS zu einer
Veranstaltung**

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**Zu Anfrage Nr. 09 - der Stadträtin Marion Krischok,
PDS, zu geringfügig
Beschäftigten bei der
Stadtverwaltung**

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

Zu Anfrage Nr. 10 - der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**Zu Anfrage Nr. 11 - des Stadtrates Dr. Host Koehn zu
Nutzungs- und Ver-
marktungskonzept der
Sporthalle Bandberge**

Herr **Dr. Koehn**, Bündnis 90/DIE GRÜNEN, bat um eine umfassendere Antwort, da das

vorliegende Nutzungskonzept nur die Trainingszeiten der Leichtathleten ausweise und es nur bis Mai 1998 gelte.

Zu Anfrage Nr. 01 - des Stadtrates Prof. Dr. Siegfried Kiel, PDS, zur Organisation und zu Bedingungen des Unterrichts im Fach „Arbeit, Wirtschaft, Technik (AWT) an den Schulen der Stadt Halle

Herr **Prof. Kiel**, PDS, ging auf die Antwort der Verwaltung ein, in der ausgeführt werde, daß der bauliche Zustand in drei von vier AWT-Zentren sehr schlecht sei. Sei der Zustand so schlecht, daß der Unterricht gefährdet sei?

Herr **Gärtner**, Beigeordneter für Bildung, Kultur und Sport, antwortete, der Unterricht sei entsprechend den Rahmenrichtlinien gesichert.

Zu Anfrage Nr. 02 - des Stadtrates Uwe Heft, PDS, zu Kommunalanleihen

Herr **Heft**, PDS, dankte für die Antwort der Verwaltung. Er fragte, unter welchen konkreten Konditionen die Stadt Kommunalanleihen ausgeben würde. Insbesondere interessiere ihn der Zinssatz.

Herr **Koch**, Beigeordneter für Finanzen, antwortete, der Zinssatz müsse mit der das Konsortium anführenden Bank vereinbart werden. Da

komme es auf die Zeit an, die als Begebungszeit nach entsprechender Einschätzung angenommen werden könne. Hinzu kämen auch die Kosten bei einer städtischen Anleihe, so daß diese auf jeden Fall teurer sei im Vergleich zu einem gleich hohen Kommunaldarlehen.

**Zu Anfrage Nr. 03 - der SPD-Fraktion zu
Auftragsvergabe der Stadt bei
Architektur- und
Ingenieurleistungen**

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**Zu Anfrage Nr. 04 - der SPD-Fraktion zum Vorhaben
„Klubmensa“ in
Neustadt**

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

Mündliche Anfragen:

Frau **Tannenberg**, PDS, ging auf eine Information in der „Mitteldeutschen Zeitung“ zur Vergabe von Leistungen im Rettungswesen ein. Sie fragte nach Details der Vergabe.

Herr Oberbürgermeister **Dr. Rauen** antwortete, über die Einzelheiten der Vergaben in der Abwägung unterschiedlicher Anbieter könne man nicht in öffentlicher Sitzung informieren. Er bat, in der nichtöffentlichen Beratung darauf zurückzukommen.

Herr **Bönisch**, CDU, äußerte, er habe der Presse entnommen, daß an das Gustav-Adolf-Gymnasium in Lützen vom Land bereits ein ablehnender Bescheid auf den Antrag auf Ausnahmegenehmigung und Weiterbetreibung des Gymnasiums ergangen sei. Sei das in der Stadt Halle auch schon geschehen, seien Reaktionen vom Land auf die Anträge gekommen?

Herr **Gärtner**, Beigeordneter für Bildung, Kultur und Sport, entgegnete, man habe noch keine offizielle Nachricht. Eine Nachricht auf den Brief von Frau Schöps sei vom Kultusministerium eingegangen, in dem die Empfängerin

daraufhingewiesen werde, daß die Stadt vom Ministerium angewiesen werde, den Beschluß zu beanstanden.

Herr **Kautz**, CDU, sprach die Anfrage Nr. 7 seiner Fraktion in der 34. Tagung des Stadtrates an - Verhandlungen der Stadt mit der Deutschen Bahn AG über die Überwachung der Tunnel am Riebeckplatz und in Südstadt. In der Antwort der Verwaltung sei zugesagt worden, daß bis zum Jahresende 1997 einige Dinge erledigt würden. Er bat, bis zur nächsten Stadtratstagung einen Bericht zum Stand der Bearbeitung bekommen zu können.

Herr **Dr. Roscher**, Beigeordneter für Verwaltung, Personal und Ordnung, informierte, die Verwaltung habe das Projekt zusätzlich in ein Sonderprogramm als Antrag beim Land platziert, um Mittel aus einem Sonderfonds zu erhalten. Dieser Bescheid sei noch nicht zugegangen. Er sagte eine endgültige Antwort zur Februar-Tagung zu.

Frau **Ehlert**, PDS, fragte hinsichtlich der Umzüge innerhalb der Stadtverwaltung. Es sei ursprünglich vorgesehen gewesen, daß das Sachgebiet Jugendgerichtshilfe in die Merseburger Straße habe ziehen sollen. Nun spreche man davon, daß die Abteilung Allgemeine Soziale Dienste dorthin ziehen solle. Offensichtlich würden sich einige Bereiche innerhalb der Verwaltung nicht einig. Sie gebe zu bedenken, daß vieles dafür spreche, die Jugendgerichtshilfe in die Merseburger Straße ziehen zu lassen und bitte, dies noch einmal zu prüfen.

Frau Bürgermeisterin **Szabados** verwies darauf, daß die Diskussion dazu in der Verwaltung noch nicht abgeschlossen sei. Sie hätte auch sehr begrüßt, das Sachgebiet Jugendgerichtshilfe in der Merseburger Straße mit unterzubringen, nur müsse man erst einmal - und das habe oberste Priorität - das Sozialamt am Standort Südpromenade entlasten.

Herr **Dr. Koehn**, Bündnis 90/DIE GRÜNEN, ging auf Anträge seiner Fraktion zu Teil-Auto ein. Diese seien in die zuständigen Ausschüsse verwiesen worden. Er bat um baldige Bearbeitung. Auf die Bitte um Parkplatz-Reservierung für Teil-Auto am Domplatz habe Herr Dr. Roscher geantwortet, das sei dort nicht möglich, weil laut Gesetzlichkeit es nicht möglich sei, daß jemandem privat etwas reserviert werde. Er glaube, das sei nicht richtig. Andere Städte würden dies auch tun. Gegen ein geringes Entgelt könnte man einen solchen Stellplatz vergeben, wie es auch in anderen Städten gemacht würde.

Herr Beigeordneter **Dr. Roscher** verwies auf die bestehende Rechtslage zur Reservierung von Parkflächen im Straßenbereich. Eine Reservierung, wenn sie gewollt sei, müßte auf Grundstücken der Stadt erfolgen. Einer möglichen Nutzung im Rahmen einer Dauererlaubnis auf dem Parkplatz Schimmelstraße stehe nichts im Wege.

Herr Oberbürgermeister **Dr. Rauen** ergänzte, in die nächste Sitzung des WIBERA-Ausschusses werde eine Vorlage zum Thema PKW-Nutzung durch die Stadt eingebracht. Da werde auch zu dieser Frage Stellung genommen. Die Tendenz sei, daß Autos abgebaut würden, so daß im Augenblick nicht zusätzliche Kapazitäten in Anspruch genommen würden bei Teil-Auto, sondern zunächst einmal die noch vorhandenen Autos Verwendung finden, denn es habe keinen Zweck, daß man bereits gekaufte Autos durch zusätzliche Anmietung zusätzlicher Kapazitäten ergänze.

Herr **Prof. Schuh**, SPD, bezog sich auf die Ausführungen von Herrn Koch zu Beginn der Haushaltsdebatte bezüglich der Verringerung der Einwohnerzahl und der Reduzierung des Anteils an Einkommenssteuer. In diesem Zusammenhang habe seine Fraktion einen Antrag oder eine Anfrage zur Zweitwohnsitzsteuer gestellt. Habe man darauf schon eine Antwort erhalten?

Herr **Koch**, Beigeordneter für Finanzen und offene Vermögensfragen, meinte, die Beantwortung der Frage schreite fort. Es sei damit zu rechnen, daß er im Februar eine Vorlage in die Beigeordnetenkonferenz einbringen werde. Es solle abgewartet werden, welche Entscheidung die Verwaltung in Leipzig treffen werde; der dortige Stadtrat hatte auf Antrag der dortigen SPD-Stadtratsfraktion dazu beschlossen.

Herr **Kupke**, CDU, erklärte, es jähre sich der Tag der Antragstellung, mit dem geprüft werden sollte, ob auf dem Riebeckplatz eine Taxihaltestelle eingerichtet werden könne. Arbeite die Verwaltung noch an dieser Frage?

Herr Oberbürgermeister **Dr. Rauen** antwortete, daß dazu eine Entscheidung in der Verwaltung getroffen worden sei.

Herr Beigeordneter **Dr. Roscher** ergänzte, die Verwaltung habe den Vorschlag akzeptiert. Probeweise werde ein Taxifahrerstand eingeführt, um die geäußerten Bedenken wie Verkehrsbeeinträchtigung zu prüfen.

Weitere Anfragen wurden nicht gestellt.

Zu TOP 16 - Mitteilungen

Herr **Heft** nahm Bezug auf den Ministadtplan zur Altstadt und einen Stadtplan der Innenstadt in der Veröffentlichung „Kulturstadt Halle“ ein. Er merkte an, daß in beiden Stadtplänen weit über 50 offizielle und inoffizielle Parkplätze eingezeichnet seien, jedoch nicht eine einzige Straßenbahnlinie.

Herr **Gärtner**, Beigeordneter für Bildung, Kultur und Sport, entgegnete, dem Kultur-Stadtplan, der von einem privaten Verlag herausgegeben worden sei, sei ein Extraplan mit den HAVAG-Linien beigelegt.

Herr **Jeschke**, Neues Forum, regte die Stadträtinnen und Stadträte an, darüber nachzudenken, wie mit der Verweisung von Anträgen umgegangen werde. Sei es nicht manchmal sinnvoller, Anträge direkt in die Fachausschüsse zu bringen und dann bereits vorbereitet in den Stadtrat?

Weitere Mitteilungen wurden nicht abgegeben.

Damit wurde die 38. öffentliche Tagung des Stadtrates der Stadt Halle (Saale) beendet.

Heft

Dr. Rauen

1. Stellvertreter des Vorsitzenden des Stadtrates
Oberbürgermeister
der Stadt Halle (Saale)
der Stadt Halle (Saale)

Szabados

Bürgermeisterin

der Stadt Halle (Saale)

Eckert

Protokollführerin

Panian

Protokollantin

Stadt Halle (Saale)

30.01.1998

Kommunalebüro

A u s z u g

aus der Niederschrift der Einwohnerfragestunde zur 38. Tagung des Stadtrates der Stadt Halle (Saale) am 28.01.1998

Ort: Stadthaus, Festsaal

Zeit: 14.10 Uhr bis 14.20 Uhr

Die Einwohnerfragestunde zur 38. Tagung des Stadtrates der Stadt Halle (Saale) wurde eröffnet und geleitet von Herrn Uwe Heft, 1. Stellvertreter des Vorsitzenden des Stadtrates.

Herr Scherer, Herderstr. 1, 06104 Halle, bezog sich auf die Antwort des Oberbürgermeisters auf die Anfrage Nr. 7 von Frau Irmela Dorn. Es gehe um das Thema der Studentenverbindung Burschenschaft Franco-Germania. Es habe einen Offenen Brief gegeben, auf den hier Bezug genommen werde. Darin sei nachgefragt worden nach einer Veranstaltung am 12.11.1997 im Haus der Sängerschaft Fridericiana, an der - so der Vorwurf - Vertreter des halleschen FVB, das sei also eine Nazigruppierung teilgenommen habe und an der ein Professor Weinschenk einen Vortrag gehalten haben soll. Im folgenden bezog sich Herr Scherer auf einzelne Punkte der Antwort auf die Anfrage: Als erstes stehe, daß ca. 20 bis 25 Personen in das Vereinshaus eingedrungen seien. Das klinge so wie aus Hausfriedensbruch. Wenn man in der Antwort weiter lese, stehe, daß bei der Pharmazie- Fakultät ein Aushang gewesen sei, d.h. also, es sei eingeladen worden. Damit sei es eine öffentliche Veranstaltung gewesen. Das sei also eine falsche Darstellung. Dann sei geschrieben worden, daß ein Platzverweis ausgesprochen worden sei. Er sei selbst dort anwesend gewesen; es sei kein Platzverweis ausgesprochen worden. Er wisse nicht, wie die Darstellung zustande gekommen sei. Es sei nie die Rede davon gewesen, daß ein Platzverweis ausgesprochen wurde. Ferner sei geschrieben worden: „Zum Zeitpunkt des Polizeieinsatzes gab es keine Hinweise, daß an der Veranstaltung rechtsextremistische Organisationen teilnehmen werden.“

Das sei falsch. Es sei sowohl von ihm wie auch von anderen Personen eindringlich der Polizei übermittelt worden, wer an der Veranstaltung teilnehme, wer lese und um wen es sich dabei handle. Irgendwo müsse da ein Informationsverlust aufgetreten sein, das müßte entsprechend untersucht werden.

In Punkt 4 der Antwort der Verwaltung stehe, daß außerdem eine Anzeige dazu erfolgt sei in der „Jungen Freiheit“. Er denke, es sei bekannt, daß die „Junge Freiheit“ eine rechtsextreme Zeitung sei, und das dies dann genau in diesen Kontext passe. Dann sei noch geschrieben worden: „Der Freiheitliche Volksblock“ nahm an dieser Veranstaltung nicht teil.“ Das sei falsch. Es seien drei bekannte Vertreter des FVB dort gesehen worden, die daran teilgenommen hätten. Der Veranstalter habe ausdrücklich erklärt, daß das geladene Gäste seien, auch gegenüber der Polizei. Es sei ihm deswegen nicht klar, wie es zu dieser Darstellung gekommen sei. Zu Punkt 5 der Antwort: „Ob Professor Weinschenk an dieser Veranstaltung teilnahm, ist der Polizeidirektion Halle nicht bekannt.“ Auch das sei falsch, denn den Polizisten vor Ort sei genau dies mitgeteilt worden. Wenn man sich die Rückseite der Antwort ansehe, würde er sagen, daß das sehr subjektiv sei, daß doch dort wahrscheinlich persönliche Interessen - es sei bekannt, daß der Oberbürgermeister auch Mitglied einer Verbindung sei als alter Herr - über das Amt gestellt worden seien und daß dort nicht objektiv auf die Sache eingegangen worden sei. Er empfehle den Stadträten, diese Antwort so nicht durchgehen zu lassen; der Oberbürgermeister habe da noch ein bißchen Nachholbedarf.

Frau Bürgermeisterin **Szabados** erklärte, man könne aus der Antwort des Oberbürgermeisters unschwer erkennen, daß er sich auf Aussagen gestützt habe, die von der Polizeidirektion gekommen seien. Die Polizei unterstehe nicht der Stadt, sondern sei eine Landesbehörde. Sie werde die eben gegebenen Hinweise an den Oberbürgermeister weiterleiten, damit er die Unterlagen, die von der Polizei gekommen seien, noch einmal prüfen könne.

Herr **Porzig, Wittenberger Str. 20, 06132 Halle**, fragte, ob der Oberbürgermeister zur heutigen Stadtratstagung noch komme. Er ging weiter auf das Thema HAVAG ein, zur Berichterstattung in der Presse. Er habe gelesen, daß ein Prüfer auf viele Ungereimtheiten gestoßen sei, daß es ein Spannungsverhältnis zwischen Herrn Girard und Herrn Colditz gebe. Stimme das? Stimme es, daß ein Aufhebungs-vertrag mit dem Hauptabteilungsleiter Hochbau ein Aufhebungsvertrag gemacht worden sei, ob oder ohne Abfindung für etwa 18 Monate? Ermittle der Staatsanwalt oder nicht? Er frage deshalb zur HAVAG, weil er an 3000 DM im Jahre für fünf Personen bezahle - eine Jahreskarte koste fast 600 DM. Er denke, daß er das Recht habe, Auskunft zu verlangen.

Der Oberbürgermeister habe in der „MZ“ am 10.01.1998 ausgesagt: die HAVAG müsse kurzfristig 3,5 Mio DM einsparen, die angestrebten Preiserhöhungen seien marginal und Änderungen werde es wohl nur beim Abo und bei Streifenkarten geben. Für die treuesten Kunden, die ein Abo bzw. Langzeitkarten kauften, möchte er gern wissen, was der Oberbürgermeister unter „marginal“ verstehe. Er möchte weiter wissen, ob Herr Colditz noch beurlaubt sei und - daß er um einen Aufhebungsvertrag bitte - und ob dieser mit Abfindung sei. Wie weit sei das überhaupt mit dieser Sache?

Herr **Heft** antwortete, der Oberbürgermeister sei im Moment dienstlich verhindert und komme mit den Fraktionsvorsitzenden etwas später zur Tagung. Er bat Herrn Porzig um Verständnis, daß dieser eine schriftliche Antwort erhalten werde, da zur Zeit niemand anwesend sei, der auf diese Fragen antworten könne.

Herr **Arndt**, **Studentenrat, Universitätsring 5 , 06099 Halle**, ging ebenfalls auf die Veranstaltung der Burschenschaft Franco-Germania ein. Auf dieser Veranstaltung sei angekündigt worden, daß Ende Januar ein Liederabend mit einem Liedermacher aus Frankfurt/Oder stattfinden solle. Es spreche eine Menge dafür, daß dieser Liedermacher Jörg Hähnel (phone-tisch) sein werde, der Mitglied des Bundesvorstandes der Jungen Nationaldemokraten sei. Der Termin sei der kommende Samstag. Gebe es irgendwelche Hinweise auf diese Veranstaltung bzw. Vorbereitungen, diese Veranstaltung zu verhindern.

Herr **Dr. Roscher**, Dezernent für Verwaltung, Personal und Ordnung, erklärte, er habe keine Informationen in dieser Hinsicht. Er wolle jedoch noch einmal nachfragen.

Herr **Arndt** fragte zu einer weiteren Veranstaltung in dieser Woche mit einem Kader der Anti-Antifa, auch bei der Burschenschaft Franco-Germania. Gebe es dazu Hinweise?

Herr Dezernent **Dr. Roscher** antwortete, ihm lägen keine Informationen vor.

Weitere Fragen wurden nicht gestellt. Die Einwohnerfragestunde wurde damit beendet.

Stadt Halle (Saale)
30.01.1998
Kommunalbüro

N i e d e r s c h r i f t

**der Einwohnerfragestunde zur 38. Tagung des Stadtrates
der Stadt Halle (Saale) am 28.01.1998**

Ort: Stadthaus, Festsaal

Zeit: 14.10 Uhr bis 14.20 Uhr

Die Einwohnerfragestunde zur 38. Tagung des Stadtrates der Stadt Halle (Saale) wurde eröffnet und geleitet von Herrn Uwe **Heft**, 1. Stellvertreter des Vorsitzenden des Stadtrates.

Herr **Scherer** bezog sich auf die Antwort des Oberbürgermeisters auf die Anfrage Nr. 7 von Frau Irmela Dorn. Es gehe um das Thema der Studentenverbindung Burschenschaft Franco-Germania. Es habe einen Offenen Brief gegeben, auf den hier Bezug genommen werde. Darin sei nachgefragt worden nach einer Veranstaltung am 12.11.1997 im Haus der Sängerschaft Fridericiana, an der - so der Vorwurf - Vertreter des halleschen FVB, das sei also eine Nazigruppierung teilgenommen habe und an der ein Professor Weinschenk einen Vortrag gehalten haben soll. Im folgenden bezog sich Herr Scherer auf einzelne Punkte der Antwort der Verwaltung auf die Anfrage. Er empfehle den Stadträten, diese Antwort so nicht durchgehen zu lassen; der Oberbürgermeister habe da noch ein bißchen Nachholbedarf.

Frau Bürgermeisterin **Szabados** erklärte, man könne aus der Antwort des Oberbürgermeisters unschwer erkennen, daß er sich auf Aussagen gestützt habe, die von der Polizeidirektion gekommen seien. Die Polizei unterstehe nicht der Stadt, sondern sei eine Landesbehörde. Sie werde die eben gegebenen Hinweise an den Oberbürgermeister weiterleiten, damit er die Unterlagen, die von der Polizei gekommen seien, noch einmal prüfen könne.

Herr **Porzig** fragte, ob der Oberbürgermeister zur heutigen Stadtratstagung noch komme. Er ging weiter auf das Thema HAVAG ein, zur Berichterstattung in der Presse. Er habe gelesen, daß ein Prüfer auf viele Ungereimtheiten gestoßen sei, daß es ein Spannungsverhältnis zwischen Herrn Girard und Herrn Colditz gebe. Stimme das? Stimme es, daß ein Aufhebungs-vertrag mit dem Hauptabteilungsleiter Hochbau ein Aufhebungsvertrag gemacht worden sei, ob oder ohne Abfindung für etwa 18 Monate? Ermittle der Staatsanwalt oder nicht? Er frage deshalb zur HAVAG, weil er an 3000 DM im Jahre für fünf Personen bezahle - eine Jahreskarte koste fast 600 DM. Er denke, daß er das Recht habe, Auskunft zu verlangen. Der Oberbürgermeister habe in der „MZ“ am 10.01.1998 ausgesagt: die HAVAG müsse kurzfristig 3,5 Mio DM einsparen, die angestrebten Preiserhöhungen seien marginal und Änderungen werde es wohl nur beim Abo und bei Streifenkarten geben. Für die treuesten Kunden, die ein Abo bzw. Langzeitkarten kauften, möchte er gern wissen, was der Oberbürgermeister unter „marginal“ verstehe. Er möchte weiter wissen, ob Herr Colditz noch beurlaubt sei und - daß er um einen Aufhebungsvertrag bitte - und ob dieser mit Abfindung sei. Wie weit sei das überhaupt mit dieser Sache?

Herr **Heft** antwortete, der Oberbürgermeister sei im Moment dienstlich verhindert und komme mit den Fraktionsvorsitzenden etwas später zur Tagung. Er bat Herrn Porzig um Verständnis, daß dieser eine schriftliche Antwort erhalten werde, da zur Zeit niemand anwesend sei, der auf diese Fragen antworten könne.

Herr **Arndt** ging ebenfalls auf die Veranstaltung der Burschenschaft Franco-Germania ein. Auf dieser Veranstaltung sei angekündigt worden, daß Ende Januar ein Liederabend mit einem Liedermacher aus Frankfurt/Oder stattfinden solle. Es spreche eine Menge dafür, daß dieser Liedermacher Jörg Hähnel (phonetisch) sein werde, der Mitglied des Bundesvorstandes der Jungen Nationaldemokraten sei. Der Termin sei der kommende Samstag. Gebe es irgendwelche Hinweise auf diese Veranstaltung bzw. Vorbereitungen, diese Veranstaltung zu verhindern.

Herr **Dr. Roscher**, Dezernent für Verwaltung, Personal und Ordnung, erklärte, er habe keine Informationen in dieser Hinsicht. Er wolle jedoch noch einmal nachfragen.

Herr **Arndt** fragte zu einer weiteren Veranstaltung in dieser Woche mit einem Kader der Anti-Antifa, auch bei der Burschenschaft Franco-Germania. Gebe es dazu Hinweise?

Herr Dezernent **Dr. Roscher** antwortete, ihm lägen keine Informationen vor.

Weitere Fragen wurden nicht gestellt. Die Einwohnerfragestunde wurde damit beendet.

Heft

Szabados

1. Stellvertreter des Vorsitzenden des Stadtrates
Bürgermeisterin
der Stadt Halle (Saale)
der Stadt Halle (Saale)

Eckert
Protokollführerin

Panian
Protokollantin